



MONITORING

**(Extrem) rechte Strukturen
und das zivilgesellschaftliche
Gegenengagement.**

#10

Mai 2019

▶ 4

**Interview mit der Initiative
»Aufklärung Tatort Schützen-
straße«**

*„Hamburg möchte seine neonazistische
Vergangenheit vergessen machen und sich
als politisch saubere Stadt darstellen.“*

▶ 7

**Was ist besonders am
antimuslimischen Rassismus
rechter Argumentationen?**

*„Rechte und alltagsrassistische Argu-
mentationen sind in die gleichen anti-
muslimischen Diskurse verstrickt.“*

▶ 12

**Rechter und rassistischer Terror — Im Spiegel migrationsgesellschaftlich
situierten Wissens und gesellschaftlich tradierten Distanzierungsmustern
von Rassismus am Beispiel des Anschlags auf der Veddel**

*„Im Zuge des Gerichtsverfahrens wurden die Strukturen rechter Szenen in
Deutschland, entgegen klarer Hinweise, nicht als relevanter Kontext des
Anschlages untersucht.“*

Vorwort	2
Blitzlichter Rechts	17
Die AFD-Aktion »Neutrale Schulen Hamburg«	18

Vermischtes	20
Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus	28
Impressum	28



VORWORT

Das Monitoring versteht sich als Beitrag zur fachlichen und gesellschaftlichen Debatte und möchte verschiedenen Akteur_innen eine Stimme geben.

Die Monitoring-Berichte des MBT Hamburg beobachten die Organisations- und Aktionsformen der (extremen) Rechten genauso wie die ausgrenzenden Artikulations- und Ausdrucksformen der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Der fließende Übergang sowie Formen von Zusammenarbeit und Austausch zeigten sich in Hamburg am 14. April besonders deutlich. Rund 100 Rechte aus unterschiedlichen Spektren und Milieus versammelten sich am Hamburger Bahnhof Dammtor erneut zu einer Kundgebung. Zahlreiche AfD-Mitglieder und Funktionär_innen aus verschiedenen Hamburger Bezirken sowie aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gingen hier mit Rechten aus NPD und der Identitären Bewegung, Neonazis, Holocaustleugnern und rechten Gewalttätern auf die Straße. Was sie – wie bereits mehrfach im Vorjahr – auch an diesem Tag wieder zusammen auf die Straße brachte, ist eine rassistische, antisemitische und völkisch-nationalistische Ideologie, die Diskurse aus der Mitte der Gesellschaft aufgreift, an sie anknüpft, sie mitunter radikalisiert oder umgekehrt initiiert. Die rassistischen „Verkleidungen“ eines AfD-Mitglieds, das wiederholt an den rechten Veranstaltungen teilnimmt, zeigen exemplarisch die ideologischen Verbindungen zu Alltagsrassismus vor dem Hintergrund der öffentlichen Auseinandersetzungen zu Faschingskostümen in Kitas.

Ziel des Monitors ist es auch vor diesem Hintergrund, Interessierten aktuelle Informationen und Wissen über (extrem) rechte, rechtspopulistische und ausgrenzende Strukturen in Hamburg, aber ebenso über neue Aktivitäten und Initiativen gegen rechts zu liefern. Das Monitoring versteht sich damit als Beitrag zur fachlichen und gesellschaftlichen Debatte und möchte verschiedenen Akteur_innen eine Stimme geben, die ihre eigenen unterschiedlichen Perspektiven einbringen.

Nach dem Münchener Gerichtsurteil im NSU-Komplex hat sich das Interesse der Mehrheitsgesellschaft an der Thematik verringert. Weder die Klärung der zahlreichen noch offenen Fragen noch der Anspruch wurde weiter verfolgt, Konsequenzen aus rassistischen Strukturen in Behörden, Medien und Zivilgesellschaft zu ziehen. Es sind auch in Hamburg vor allem Angehörige, Betroffene und einzelne Initiativen, die hartnäckig Forderungen nach Aufklärung erheben und nach Möglichkeiten einer angemessenen Erinnerungsarbeit an Süleyman Taşköprü und die anderen Opfer des NSU suchen. In diesem Kontext steht das Interview mit der Initiative „Aufklärung Tatort Schützenstraße“.

Ein bedeutsamer Schnittpunkt ausgrenzender und gewaltvoller Diskurse von der extremen Rechten bis zu etablierten Akteur_innen der Mehrheitsgesellschaft ist im antimuslimischen Rassismus zu sehen. Ausgehend von der Analyse, dass der Rechtspopulismus rechtsextreme Positionen mit alltagsrassistischen Diskursen verbindet, untersucht Iman Attia in ihrem Beitrag, welche besondere Bedeutung in diesem Zusammenhang der Rassismus gegen Muslim_innen erfährt. Der gerade erst hinter uns liegende Europawahlkampf veranschaulicht allzu gut, wie aktuell Attias Text nach wie vor ist. Die AfD warb für ihre Positionen unter anderem mit einem Plakat, das an die Angst vor einer „Islamisierung des Abendlandes“ anknüpft und sie weiter anheizt, abgebildet eine weiße nackte Frau, umringt von Männern, die Turbane tragen, Muslimen. Ihre vergangenen Wahlerfolge zeugen davon, dass diese Strategie immer wieder aufgeht, was angesichts von Zustimmungswerten von rund 60 % beispielsweise zu der Vorstellung, der Islam passe nicht in die westliche Welt (Bertelsmann Stiftung 2015, 8) und 38 %, wer ein Kopftuch trägt, könne nicht deutsch sein (Vgl. Foroutan u.a. 2014, 6)

kaum verwundert und unterstreicht, dass eine Auseinandersetzung mit antimuslimischen Rassismus gerade in der Rechtsextremismusprävention zwingend notwendig ist.

Im dritten Beitrag analysiert Awista Gardi am Beispiel des Anschlags auf der Veddel im Dezember 2017, wie dominante Reaktionsmuster im medialen, staatlichen und gesellschaftlichen Umgang mit rassistischer und rechter Gewalt Distanzierungsmuster von Rassismus (re-)produzieren. Dem wird die Forderung gegenübergestellt, dass das Anerkennen gesellschaftlich situierten Wissens Schwarzer Menschen und People of Color, ebenso wie rassistuskritischer Perspektiven, ein erster Schritt zur Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge und darauf aufbauender Interventionen sein kann.

Einen kurzen Blick werfen wir schließlich auf die AfD Aktion „Neutrale Schulen Hamburg“. Aus unserer Beratungspraxis wissen wir, dass die von der AfD Hamburg im September 2018

gestartete Aktion „Neutrale Schulen Hamburg“ für einige Aufregung, Verunsicherungen, aber auch für vielfältige widerständige Praxen und inhaltliche Stellungnahmen sorgt. Zu den Ereignissen selbst, zu entfalteteten Gegenaktivitäten und zu inhaltlichen Argumentationen möchten wir den Leser_innen einige Links zur Verfügung stellen. Wir verstehen dies auch als Monitoring rechter Aktivitäten, die antifaschistisches Engagement angreifen und Diskursverschiebungen Richtung (extrem) rechter Positionen bewirken (wollen).

Auch in diesem Monitoring-Bericht werfen wir in den Blitzlichtern wieder einen Blick auf extrem Rechte Aktivitäten in Hamburg. Wir enden mit der Rubrik Vermischtes, in der sich Hinweise auf spannende Literatur, Broschüren, Projekte und Veranstaltungen finden. Wer Interesse an weiteren Informationen und Hinweisen hat, kann dem MBT Hamburg unter @mbt_hamburg auch auf Twitter folgen.

MBT Hamburg, Mai 2019

INTERVIEW MIT DER INITIATIVE »AUFKLÄRUNG TATORT SCHÜTZENSTRASSE«

Könnt Ihr uns erzählen, wie sich die Initiative zusammengefunden hat? Welche Motivationen gab es bei Euch, Euch zu organisieren?

Ende 2017 fanden sich auf einer Art Bündnistreffen verschiedene Einzelpersonen und Gruppen zusammen, die etwas zum Tag der Urteilverkündung im NSU-Prozess in Hamburg organisieren wollten. Einige von uns hatten das Tribunal „NSU-Komplex auflösen!“ im Mai 2017 in Köln besucht. Sie waren entsetzt darüber, dass es in Hamburg als einem der NSU-Tatorte, nicht viel an politischen Aktivitäten in Bezug auf den NSU-Komplex gab. Andere sind in anderen Hamburger Initiativen aktiv, die explizit die Erinnerung an Opfer rassistischer Gewalt und die Unterstützung deren Angehöriger mit einigen Erfolgen auf ihre politische Agenda gesetzt hatten.

Uns eint der Wunsch der bisherigen jahrelangen Nicht-Aufklärung des NSU-Komplex

in Hamburg einen öffentlichen Aufschrei nach vollständiger Aufklärung, wie Angehörige sie seit Jahren fordern, entgegenzusetzen.

Ihr habt Euch im April 2018 zusammengetan. Warum jetzt?

Osman Taşköprü, der Bruder von Süleyman Taşköprü, war am Tribunal in Köln aktiv beteiligt. Mit zunehmender Zeit hatte er das Vertrauen gefunden, dass auch der Mord an seinem Bruder in Hamburg thematisiert werden kann, ohne dass er politisch instrumentalisiert werden würde. Die Familie von Süleyman Taşköprü wollte nach den rassistischen Ermittlungen um den Mord nicht mehr in die Öffentlichkeit gezerrt werden. Durch positive Erfahrungen in der jüngeren Vergangenheit konnten sich einzelne Familienangehörige inzwischen vorstellen, den Mord in Hamburg öffentlich zu thematisieren.

Es war für die Menschen in der Initiative

die Richtschnur, dass die Familie ihr Einverständnis bezüglich der Aktivitäten der Initiative erklärt. Die Initiative ist heterogen besetzt und ist sich in den Zielen und Forderungen einig. Es gibt aber auch differenziertere Diskussionen darüber, wie diese erreicht werden können.

Könnt Ihr beschreiben, wie der Stand der Aufklärung, was den NSU-Komplex in Hamburg angeht, ist? Es war die „lückenlose Aufklärung“ vom Innensenator versprochen worden.

Die Hamburger Beamt_innen, überwiegend aus der Abteilung für „Organisierte Kriminalität“, ermittelten vor 2011 zu möglichen Täter_innen fast ausschließlich im familiären und migrantischen Umfeld des Opfers. Aussagen von Angehörigen, welche einen neonazistischen oder rassistischen Hintergrund erwogen, wurden nicht berücksichtigt. Ein rassistisches Tatmotiv wurde systematisch ausgeblendet. Die Fallanalyse eines bayerischen Profilers von 2006, die ein solches Motiv nahelegte und damit eine frühzeitige Ergreifung des NSU-Kerntrios ermöglicht hätte, wurde innerhalb der bundesweiten Ermittlungsgruppe von Hamburger Ermittler_innen massiv abgelehnt.

Trotz der vielen offenen Fragen zur Ermittlungsarbeit der Hamburger Behörden vor und nach dem zufälligen Selbstbekenntnis des NSU 2011 gibt sich der Hamburger Senat mit den Erklärungen von Polizei und LfV zufrieden. Der Verfassungsschutz behauptet, nichts gewusst zu haben. Die Polizei behauptet, ihre Ermittlungen seien nicht anders möglich gewesen, u. a. weil es keine Erfahrung mit rechtem Terror gegeben habe. Mit Blick auf die Geschichte des rechten Terrors in Hamburg eine unverschämte Behauptung. Die Forderung nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) wurde dementsprechend 2014 mit der Begründung abgelehnt, es gebe nicht ausreichend Anhaltspunkte für eine Überprüfung der Hamburger Institutionen. Die Zuständigkeit für strafrechtliche Ermittlungen liege bei der Bundesanwaltschaft und es sei Aufgabe des Gerichts in München, diesen Fragen nachzugehen.

Nach internen Untersuchungen des LKA und mehreren Innenausschuss-Sitzungen 2014 ist aus Sicht des Hamburger Senats und der Bürgerschaft der Fall mit dem Urteil in München aufgeklärt und beendet.

Ihr fordert die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum NSU-Komplex in Hamburg. Warum? Habt Ihr eine Erklärung, warum Hamburg das einzige Bundesland ist, in dem es keinen solchen Untersuchungsausschuss gibt?

Die Hamburger Ermittler_innen behaupten, sie hätten in alle Richtungen ergebnisoffen ermittelt. Der Bericht, den der Hamburger Senat am 29. April 2014 vorlegte, benennt keine Fehler und nimmt die Beteiligten in Schutz.

Hier haben die Akteur_innen sich selbst untersucht und bescheinigen sich, alles richtig gemacht zu haben. Eine kritische und unabhängige Untersuchung hätte die Frage beantworten müssen, warum die Zeugenbeschreibung des Vaters, wonach er zwei weiße junge Männer gesehen hatte, nicht verfolgt wurde. Gleiches gilt für Zeug_innen, die Neonazis als naheliegendste und mögliche Täter_innen benannten. Es gibt sehr viele offene Fragen, nicht zuletzt zum Umgang mit der Familie. Die handelnden Personen sind nach wie vor im Amt und sind teilweise befördert worden.

Hamburg möchte seine neonazistische Vergangenheit vergessen machen und sich als politisch saubere Stadt darstellen. Führende Neonazis waren in Hamburg aktiv: Michael Kühnen, Christian Worch, Thomas Wulff, Jürgen Rieger, die FAP-Zentrale, das „Deutsche Rechtsbüro“ u. v. m ist mit Hamburg eng verknüpft. 1980 töteten Neonazis der „Deutschen Aktionsgruppen“ Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân bei einem Brandanschlag in der Halskestraße. Bis heute bekannt sind die brutalen Morde an Mehmet Kaymakçı und Ramazan Avcı 1985. Tevfik Gürel und Adrian Maleika wurden ebenfalls von Hamburger Neonazis umgebracht. Dieses Wissen und die Erfahrungen mit gewalttätigen bis rechtsterroristischen Aktivitäten prägten nicht nur das politische Selbstbewusstsein der Hamburger Neonazis, sondern wurden ebenso wie ihr organisatorisches wie infrastrukturelles Know-how nach 1990 an die Kamerad_innen in den Neuen Bundesländern weitergegeben. Hamburger Neonazis organisierten Demonstrationen, Konzerte und stellten juristisches Wissen und rechtlichen Beistand zur Verfügung. So trafen sich in den 1990er Jahren Hamburger Neonazis und

Hamburg möchte seine neonazistische Vergangenheit vergessen machen und sich als politisch saubere Stadt darstellen.

die späteren Mitglieder und Unterstützer_innen des NSU. Auch zur konkreten Umsetzung der Mord- und Anschlagsserie wurden aus Hamburg Ideen beigetragen. Die Terrorkonzepte des „Führerlosen Widerstands“ – kleiner autonom agierender Zellen – wurden u. a. hier geschrieben und diskutiert. Später sollte sich das NSU-Kerntrio dafür erkenntlich zeigen: In der zerstörten Wohnung des NSU wurde ein Zettel mit Namen von zehn rechten Organisationen und Personen gefunden, an die der NSU 2002 den sog. „NSU-Brief“ (ein Schreiben und eine Spende) schickte. Auf der Liste standen auch das „Deutsche Rechtsbüro“ und die „Nordische Zeitung“ der „Artgemeinschaft“ des inzwischen verstorbenen Hamburger Neonazianwalts Jürgen Rieger. Bis heute wurden Beweise wie ein mutmaßlicher Brief des NSU nicht sichergestellt, Hausdurchsuchungen und Ermittlungen nicht durchgeführt.

Es ist für uns kaum nachvollziehbar, dass der Hamburger Verfassungsschutz kaum einen Einblick in die Szene gehabt haben soll. Wie wir inzwischen wissen, sind viele hochrangige Neonazis als sogenannte V-Leute in der Naziszene eingesetzt worden. Für uns ist es kaum vorstellbar, dass dies in Hamburg nicht passiert sein soll. Wir vermuten, dass diese unangenehmen Fragen und Verbindungen nicht öffentlich verhandelt werden sollen. Auch warum die Politik jahrzehntelang diese Szene verharmlost und geduldet hat. Es stellt sich die Frage, welche Interessen verfolgt wurden.

Wenn Ihr sagt „Aus dem NSU-Komplex lernen heißt die Perspektiven der Betroffenen ernst zu nehmen“, was meint Ihr damit und wie praktiziert Ihr eine solidarische Haltung?

Betroffene der NSU-Anschläge und Angehörige der Mordopfer wussten um einen rassistischen Tathintergrund. Sie haben durch ihre Aussagen in der Ermittlungsarbeit und auch über öffentlichen Protest, wie bei den Demonstrationen „Kein 10. Opfer“ 2006 in Kassel und Dortmund, immer wieder darauf hingewiesen. Wäre ihren Aussagen nachgegangen worden, hätte der NSU viel früher aufgedeckt werden können. Doch ihre Stimmen wurden von der weiß-deutschen Mehrheits-

Betroffene der NSU-Anschläge und Angehörige der Mordopfer wussten um einen rassistischen Tathintergrund.

gesellschaft nicht gehört. Das hat sich auch im Münchener Strafprozess nicht geändert, in dem die Anträge der Nebenklage und die Forderungen der Angehörigen weitestgehend ignoriert oder abgeschmettert wurden.

Gerade der NSU-Komplex zeigt uns, wie wichtig es ist, den Betroffenen zuzuhören, sie ernst zu nehmen und mit ihnen solidarisch zu sein. Denn wie Ibrahim Arslan, Überlebender des rassistischen Brandanschlags in Mölln 1992, immer wieder betont: „Die Opfer sind die Hauptzeug_innen des Geschehens“. Wir als Initiative versuchen diesem Anspruch gerecht zu werden, indem wir in engem Kontakt mit anderen Hamburger Initiativen stehen und uns regelmäßig mit Angehörigen der Familie Taşköprü treffen. Neben politischen Interventionen wollen wir vor allem gemeinsam der Opfer gedenken. Und dieses Gedenken verstehen wir als Teil des Kampfes gegen Rassismus.

Inzwischen hat sich die Bürger_innenschaft Hamburgs bei den Angehörigen von Süleyman Taşköprü entschuldigt. Welche Konsequenzen hat das für die Initiative?

An der Arbeit der Initiative oder unseren Forderungen ändert die beschlossene Entschuldigung der Hamburger Bürgerschaft erst mal überhaupt nichts. Denn sie zieht keine Folgen hinsichtlich einer angemessenen Entschädigung der Familie oder für eine Weiterführung der Aufklärung nach sich. Auch hat sich weder die Hamburger Polizei noch die Hamburger Innenbehörde für die jahrelangen Diffamierungen der Familie Taşköprü entschuldigt. Wir betrachten diese Entschuldigung daher eher als den Versuch, die Sache abzuschließen und die Verantwortung für weitere Aufklärung abzuweisen.

Was wisst Ihr über die in einer Bürgerschaftsresolution beschriebenen etablierten Maßnahmen zur Verbesserung der Ermittlungsarbeit der Behörden? Wo seht Ihr positive Entwicklungen oder Anzeichen dafür?

Dass wir nichts drüber wissen, sagt viel über die angeblichen Änderungen aus. Der Nagelbombenanschlag am Hamburger Bahnhof Veddel im Dezember 2017 und die polizeilichen Verlautbarungen danach zeigen, dass es weder einen Perspektivwechsel gab noch in den Ermittlungsansätzen sich etwas geändert hat¹.

1 Siehe Artikel »Rechter und rassistischer Terror im Spiegel migrationsgesellschaftlich situierten Wissens und gesellschaftlich tradierte Distanzierungsmuster von Rassismus am Beispiel des Anschlags auf der Veddel« von Awista Gardi auf Seite 12.

Reflexartig wurde ein rechtsterroristischer Anschlag von der Polizei ausgeschlossen und die Tat verharmlost. Wie sich im Laufe des Gerichtsverfahrens herausstellte, sind auch Hinweise auf den geplanten Anschlag nicht ernst genommen worden.

Wir fordern, dass Polizei und Staatsanwaltschaft in Fällen von Gewalt gegen Migrant*innen und People of Color generell einen rassistischen Hintergrund in Betracht ziehen müssen. Bezüglich dieser Forderung können wir keine positiven Entwicklungen oder Anzeigen in Hamburger Ermittlungsarbeit feststellen.

Ihr betont die Bedeutung von Erinnerungsarbeit. Warum ist es Euch so wichtig, neben den politischen Forderungen an die Stadt Hamburg auch Erinnerungsarbeit zu betreiben?

Wir wollen nicht, dass sich eine institutionalisierte Erinnerungskultur breitmacht, die wie üblich, jegliche Verantwortung von sich weist. Historische Kontinuitäten müssen wir benennen, um wachsam zu sein. Ignatz Bubis, der verstorbene Vorsitzende des Zentralrats der Juden, mahnte bereits beim ersten Gedenktag am 23. November 1993 in Mölln: „Wenn wir die Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten lassen, dann nicht um Schuldgefühle zu erzeugen, sondern wir tun es für die Zukunft.“ Mit der Erinnerung stehen wir den Familienangehörigen solidarisch bei und möchten die Utopie der Gesellschaft von Vielen verteidigen.

Der NSU-Prozess in München ist zu Ende und während es rund um das Urteil herum noch einmal mehr Aufmerksamkeit gab, ist jetzt davon kaum mehr etwas vernehmbar. Wie geht Ihr damit um?

Die Aufforderung „kein Schlusstrich“ war für uns ein Auftrag und keine Fixierung auf ein bestimmtes Ereignis wie die Urteilsverkündung. Viele sind zu Recht vom Urteilspruch frustriert und ziehen sich zurück oder suchen sich das nächste politische Ereignis. So kann gesellschaftliche Veränderung und Intervention nicht funktionieren. Wir haben gerade erst angefangen, und haben genug Ideen, um weiter aktiv zu bleiben, und gehen mit unterschiedlichen Gruppen und Institutionen Kooperationen ein, um das Thema rassistische Morde und Rassismus an die Hamburger Öffentlichkeit zu bringen. Wir haben ein Forderungspapier, worin Inhalte jenseits des NSU stehen und die langfristig angelegt sind. Au-

ßerdem dürfen die Angehörigen, gerade jetzt, nach diesem Tiefschlag des Gerichts nicht erneut allein gelassen werden.

Wie schätzt Ihr die mediale Repräsentation im Umgang mit dem NSU-Komplex bis heute ein und was bedeutet das für Eure Arbeit?

Während der Ermittlungen zur Mordserie haben Medien die rassistischen Annahmen der Ermittlungsbehörden unkritisch übernommen, weiter verbreitet und durch rassistische Titel reißerisch inszeniert. Das hat die Stigmatisierung der Familien der Mordopfer sehr verstärkt. Auch während des Münchener Prozesses war die Mainstream-Berichterstattung mehr damit beschäftigt, das Auftreten der Hauptangeklagten zu kommentieren, als den Anliegen der Nebenklage Gehör zu verschaffen. Daher ist es verständlich, dass viele Angehörige der NSU-Opfer Interviewanfragen und Medien generell skeptisch gegenüberstehen. Zu einer politischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung des NSU-Komplexes in Hamburg gehört daher auch, dass Medien und Öffentlichkeit in Fällen von Gewalt gegen Migrant*innen und People of Color misstrauisch gegenüber verharmlosenden Einschätzungen von Polizei und Staatsanwaltschaft bleiben. Sie müssen stattdessen ihrerseits weiterführende Recherchen bezüglich rassistischer oder neonazistischer Tatmotive betreiben.

Wenn jemand die Arbeit der Initiative unterstützen will, was für Möglichkeiten gibt es da, wie kann das aussehen?

Konkret können unsere Forderungen unterzeichnet und für unsere Initiative gespendet werden. Noch wichtiger ist uns aber, dass das Anliegen der Initiative verbreitet, geteilt und in die Öffentlichkeit getragen wird, beispielsweise in sozialen Medien, aber auch durch öffentliche Aktionen zum NSU-Komplex in Hamburg, durch Veranstaltungen oder das Aufgreifen des Themas in Bildungsangeboten. Die Initiative kann unterstützt werden, indem die städtische Debatte zum Thema rechte und rassistische Gewalt vorangebracht und politischer Druck aufgebaut wird.

Interview von MBT Hamburg

WAS IST BESONDERS AM ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS RECHTER ARGUMENTATIONEN?

Zuerst veröffentlicht in der Dokumentation zur Tagung „Die neue Bewegung von rechts“ des Aktionsbündnis Brandenburg und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Vielen Dank Iman Attia, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Aktionsbündnis für die Erlaubnis zur Zweitveröffentlichung!

von Iman Attia

Die Alternative für Deutschland (AfD) fällt mit antimuslimischen Positionen auf: Ihre Politiker_innen halten „den Islam“ für unvereinbar mit „deutschen“ Werten und warnen vor einer „Islamisierung“ Deutschlands. Aus einer rassismuskritischen Perspektive sind die Grenzen zwischen offen rassistischen Äußerungen und dem gesellschaftlich weit verbreiteten und kulturell tradierten antimuslimischen Alltagsrassismus fließend. Es stellt sich die Frage nach dem Besonderen der aktuellen Entwicklungen.

Rassismustheorien verstehen Rassismus weder als bloßes Vorurteil Einzelner noch als genuines Merkmal rechter Gruppierungen. Vielmehr ist Rassismus ein soziales und gesellschaftliches Machtverhältnis. Rassismus argumentiert aus der Perspektive vermeintlicher oder tatsächlicher Differenzen zwischen Menschen, indem er Einzelne zu Gruppen formiert und homogenisiert („sie sind alle gleich“), essentialisiert („weil ihre ‚Rasse‘, Ethnie, Kultur, Religion so ist“), dichotomisiert („sie sind anders als wir“) und hierarchisiert („sie sind unemanzipiert, irrational, unterentwickelt, unzivilisiert, ...“). Dieser Prozess wird Othing genannt. Es geht in der Rassismuskritik nicht darum, Differenzen zwischen Menschen zu negieren – wir sind alle verschieden und teilen gleichzeitig in verschiedenen Konstellationen spezifische Erfahrungen, die es rechtfertigen, sich in konkreten Kontexten mit Menschen zusammenzuschließen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, sich ihnen weniger fremd zu fühlen als anderen.

Gleichzeitig unterscheiden sich die Erfahrungen auch dieser Menschen bezüglich anderer gesellschaftlicher Positionierungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Bedeutung von Geschlecht, Sexualität, Klasse, Körper, Alter usw. Gesellschaftliche Positionierungen und damit zusammenhängende Erfahrungen verbinden Menschen miteinander und trennen sie voneinander, sie können sich im Laufe der Zeit oder von Ort zu Ort verändern und auch widersprechen. Es handelt sich dabei nicht um Personenmerkmale, die ihnen aufgrund ihrer „Rasse“, Ethnie, Kultur, Religion und der anderen Dimensionen anhaften und sie unwiderruflich prägen, sondern um gesellschaftliche Verhältnisse und Platzierungen, die Identitäten hervorbringen und in denen Identitäten ausgehandelt und transformiert werden. Differenzen zwischen Menschen sind demnach historische und gesellschaftliche Differenzierungen. Im Unterschied dazu gründet die Strategie des Othing auf ethnischen, kulturellen und religiösen Differenzierungen, die als Differenzen a priori diskursiviert werden: In Repräsentationsverhältnissen werden Stereotype zu Evidenzen erhoben und in Institutionalisierungsprozessen Routinen geschaffen, die auch ohne offen rassistische Begriffe und Argumentationen Ausschlüsse rechtfertigen. Dieses gesellschaftlich hervorgebrachte „Wissen“ über „die Anderen“ dient dazu, gesellschaftliche Verhältnisse zu legitimieren, die einige Personen(gruppen) privilegieren und andere diskriminieren, sie als dazugehörig oder als fremd markieren.¹

¹ Vgl. zur Einführung: Mark Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, Bielefeld 2004, sowie: Birgit Rommelspacher: Was ist eigentlich Rassismus?, in: Claus Melter/Paul Mecheril (Hrsg.): Rassismuskritik. Band 1. Rassismustheorie und -forschung, Schwalbach am Taunus 2009, S. 25-38.

Rassismus ist als Gesellschaft strukturierendes Verhältnis zu verstehen, das performativ hervorgebracht wird und in dessen Diskurse und Politiken die Subjekte verstrickt sind. Als Diskurs im Sinne einer Praxis bringt Rassismus immer wieder neu allgemeines Wissen und unhinterfragte Wahrheiten hervor, beansprucht Gültigkeit, wird handlungsleitend und in Normen, Regelungen, Repräsentationsverhältnissen und Politik artikuliert und wirksam.² Unter Rassismus werden also nicht nur feindliche, ausgrenzende, gewalttätige Formen verstanden, sondern ebenso subtilere Formen der Diskriminierung in Gestalt freundlich erscheinender, gleichwohl machtvoller Grenzbeziehungen zwischen „uns“ und „den Anderen“, die mit sozialen Positionierungen einhergehen und segregierende Effekte haben, ohne zwangsläufig handgreiflich zu werden oder vorsätzlich böswillig zu sein.

Die Rede von der „Banalität des Rassismus“, wie Mark Terkessidis³ seine Studie betitelt, verweist darauf, dass Rassismus nicht auf Rechtsextremismus beschränkt ist, obgleich Rassismus ein zentraler Aspekt rechtsextremer Argumentationen ist. Während Rassismus alle politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen betrifft, „ist der Rechtsextremismus ein politisches Einstellungsmuster, das auf die politische Verfasstheit der Gesellschaft abzielt“, so Birgit Rommelspacher.⁴ Rechtsextreme Vorstellungen von Gesellschaft gründen auf einer vermeintlich natürlichen Hierarchie zwischen „Rassen“/Kulturen/Religionen (sowie Geschlechtern und Sexualitäten), ihr Bezugspunkt ist „die auf einer gemeinsamen Abstammung basierende Volksgemeinschaft“.⁵ Insofern versucht der Rechtsextremismus, rassistische Argumentationen und Strukturen nicht zu verdecken oder zu rechtfertigen, sie sind ihm programmatisch eingeschrieben.

Im Unterschied dazu befinden sich Positionen eines strukturell verankerten, hegemonialen gesellschaftlichen Rassismus stets in Legitimationskrisen: Sie folgen einem egalitären Menschen- und Gesellschaftsbild und befürworten

die demokratische Verfasstheit moderner Gesellschaften. Dabei blenden sie aus, dass die europäischen Nationengründungen und die europäische Moderne historisch auf Rassismus in seinen verschiedenen Formen aufbauen und seitdem beständig aktualisiert werden. Der Widerspruch zwischen dem Selbstbild und der Wirklichkeit wird aufgehoben, indem offen rassistische Argumentationen in paternalistische, zivilisierende oder exotisierende übersetzt werden. Hegemoniale rassistische Positionen finden in diesen Formen ihren Ausdruck.

Der Rechtspopulismus wiederum changiert zwischen programmatischen und rechtfertigenden Argumentationen: Rechtspopulist_innen beziehen sich zwar positiv auf direkte Demokratie, begrenzen diese aber durch völkische Ideologien. Die Gleichzeitigkeit neoliberaler Positionen, die Menschen nach ihrer ökonomischen Nützlichkeit bemisst, und national-konservativer Werte, die Menschen nach den Kriterien von Geschlecht und Sexualität sowie der Intersektion von „Rasse“, Nation, Kultur und Religion in eine als natürlich imaginierte Ordnung bringt, bietet sowohl hegemonial-rechtfertigenden als auch offen-programmatischen Argumentationen eine politische Heimat. Der Rechtspopulismus argumentiert mit „Volkes Stimme“ und „gesundem Menschenverstand“ und setzt sich für die Wiederherstellung einer „natürlichen Ordnung“ ein. Er fordert direkte Demokratie weißer, deutscher, christlich(-säkular)er Bürger_innen und die uneingeschränkte Meinungsfreiheit dieser – auch dann, wenn durch sie Minderheiten verletzt, verunglimpft oder geschädigt werden. Minderheitenrechte und Schutz vor Diskriminierung kommen darin ebenso wenig vor wie das Aushandeln und Aushalten unterschiedlicher Positionen und Interessen jenseits des als homogen weiß-deutsch-christlich definierten „Volkskörpers“.

Rechtspopulist_innen beziehen sich zwar positiv auf direkte Demokratie, begrenzen diese aber durch völkische Ideologien.

2 Vgl. Stuart Hall: Rassismus und kulturelle Identität, Hamburg 1994.

3 Mark Terkessidis: Die Banalität des Rassismus, Bielefeld 2004.

4 Birgit Rommelspacher: Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft, Frankfurt am Main 2002, S. 132.

5 Ebd.

Auch der Rechtsextremismus bezieht sich positiv auf das Vorrecht eines vermeintlich homogenen „Volkkörpers“, wünscht sich aber einen autoritären Führungsstil, also auch keine Aushandlungsprozesse und Volksentscheide im „eigenen Volk“. Die Grenzen zwischen Rechtsextremismus im engeren Sinne und anderen rechten Positionen verschwimmen zunehmend. Die extreme Rechte habe sich modernisiert, so Alexander Häusler und Rainer Roeser.⁶ Aktuell könne „Rechtsextremismus als Sammelbegriff für die Bündelung autoritärer, nationalistischer und rassistischer Gesellschaftsvorstellungen verstanden werden“.⁷ Zunehmend finde hierfür in der Forschung der Begriff der extremen Rechten Eingang, um „das gesamte Rechtsaußen-Spektrum von der Grauzone zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Zirkeln bis hin zu offen neonazistischen Szenen“ zusammenzufassen.⁸ Die unterschiedlichen Szenen stimmten in ihren völkisch-nationalen, rassistischen und antisemitischen Orientierungen überein, in der Ethnisierung und Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen sowie in ihrer autoritären Politikvorstellung, die das gesellschaftliche

Die modernisierte Rechte argumentiere gegenüber der traditionellen extremen Rechten allerdings weniger offen völkisch, antisemitisch und biologistisch.

Gleichheitsprinzip ablehne und die Diskriminierung von Minderheiten rechtfertige. Die modernisierte Rechte argumentiere gegenüber der traditionellen extremen Rechten allerdings weniger offen völkisch, antisemitisch und biologistisch, sondern beziehe sich in ihrer Argumentation vielmehr auf Kategorien rund um Tradition,

Kultur, Religion und Heimat. Ihre Feindbilder seien nicht mehr in erster Linie „Juden“, „Ausländer“ und „Linke“, sondern vor allem „Muslime“, „Multikulturalismus“ und „political correctness“. Anstelle der offenen Ablehnung von Demokratie und des angestrebten

Systemsturzes sei nach Häusler und Roeser die „taktische Befürwortung der ‚direkten Demokratie‘“ getreten. Auch die „Ökonomisierung, Kulturalisierung und religiöse Verklausulierung des Rassismus“ sei ein Merkmal der modernisierten Rechten.⁹ Die Übergänge zum Rechtspopulismus seien folglich fließend:

„Der Rechtspopulismus übersetzt den Nationalismus und Rassismus der traditionellen extremen Rechten in kulturell und/oder religiös umformulierte Feindbilder: die ‚schleichende Islamisierung‘, den ‚bürokratischen Moloch EU‘, die ‚Zerstörung kultureller Identität‘ durch den Multikulturalismus und die Linke als dessen ‚Steigbügelhalter‘.“¹⁰

Der Rechtspopulismus verbindet rechtsextreme Positionen mit alltagsrassistischen Diskursen, die Grenzen zwischen rechtsextremen, rechtspopulistischen und alltagsrassistischen Argumentationen verwischen sich. Dies soll am Beispiel der Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre, diskutiert werden.

„Der Islam gehört (nicht) zu Deutschland“

Auf ihrem Bundesparteitag am 30. April und am 1. Mai 2016 beschloss die Alternative für Deutschland mit großer Mehrheit die Position, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre.¹¹ Sie knüpft damit an eine Debatte an, die im Anschluss an die Feststellung des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit in den Parteien und in der Medienöffentlichkeit kontrovers diskutiert wurde. Wulff hatte gesagt: „Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam ge-

6 Alexander Häusler/Rainer Roeser: Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland, Hamburg 2015.

7 Ebd., S. 22 f.

8 Ebd., S. 23.

9 Ebd., S. 22.

10 Ebd., S. 25.

11 Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 1.5.2016, unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf.

hört inzwischen auch zu Deutschland.¹² Auch Bernd Lucke, Volkswirtschaftler und einer der Gründer der AfD, mischte sich in diese Debatte ein. Ein gutes halbes Jahr nach der Parteigründung formulierte er „10 Thesen zum Islam“, die er den Parteimitgliedern am Reformationstag 2013 zur Diskussion stellte. Darin grenzte er Deutschland als „ein tolerantes und weltoffenes Land“ von „islamische[n] Glaubenslehren“ ab, die „gegen Grundwerte unserer Gesellschaft“ verstießen. Ob der Islam zu Deutschland gehöre oder nicht, könne so „pauschal und undifferenziert“ nicht beantwortet werden: „Was zu Deutschland gehört, muss präzise benannt werden und sollte von Deutschland her gedacht werden.“¹³ Lucke konnte mit seiner Position – nicht nur in der AfD – den Begriff der „deutschen Leitkultur“ wieder etablieren. Der Begriff wird als Gegenkonzept zu „Multikultur“ verstanden und wurde in seiner aktuellen Bedeutung im Jahr 2000 durch den CDU-Abgeordneten Friedrich Merz in die Integrationsdebatte eingeführt. Er hatte zusammen mit Parteikolleg_innen gefordert, die Einwanderung zu begrenzen und Eingewanderte auf „die deutsche Leitkultur“ zu verpflichten. Im Jahr 2016 wurde „die deutsche Leitkultur“ erneut prominent zitiert, und zwar vom Bundestagspräsidenten Norbert Lammert. In einer Rede unter dem Titel „Brauchen wir eine Leitkultur?“ formulierte er zehn Thesen, in denen er ausführte, dass Gesellschaften gemeinsame verbindliche Überzeugungen brauchen und „[...] es die kulturelle Orientierung ist, von der wir meinen, dass sie die Mitglieder dieser Gesellschaft verbindet und selbst diejenigen verpflichten sollte, die es nicht wissen oder nicht wahrhaben wollen“.¹⁴ „Leitkultur beansprucht nicht, überall in der Welt für alle zu gelten, sondern nur, aber natürlich, für die jeweils eigene Gesellschaft und ihre Mitglieder.“¹⁵ Lam-

mert hob die „überragende Bedeutung von Glauben und Vernunft als den beiden Kulturen des Westens (Joseph Ratzinger und Jürgen Habermas)“¹⁶ hervor.

Einen Monat zuvor hatte die AfD in ihrem inzwischen verabschiedeten Leitantrag zum Grundsatzprogramm bereits direkten Bezug auf die „deutsche Leitkultur“ genommen, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speise: „erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt“.¹⁷ Diese Bestimmungen decken sich fast wörtlich mit jenen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des 16. Deutschen Bundestages, wonach Europa in einem „zivilisatorischen Prozess“ „[...] seinen Kanon moderner humaner und kultureller Ideen erstritten und akkumuliert [hat]. Die inhaltlichen Quellen dieses Kanons basieren vor allem auf der griechischen Antike, dem christlichen Glauben mit seinen jüdischen Wurzeln, dem römischen Staats- und Rechtsverständnis sowie der Renaissance und dem Geist der Aufklärung“¹⁸. Ausgeblendet wird dabei, dass sich auch „die islamische Kultur“ in den gleichen historischen und geografischen Zusammenhängen aktiv bewegt hat, die drei monotheistischen Religionen über Jahrhunderte intensiv kommunizierten, sich gegenseitig beeinflussten, koexistierten, kooperierten und auch Kriege führten, so dass sowohl Gemeinsamkeiten zwischen ihnen als auch interne Unterschiede die Regel sind und jeweils in der Auseinandersetzung miteinander hervorgebracht wurden.¹⁹

12 Christian Wulff: Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern. Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit, 3.10.2010, unter: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html.

13 Bernd Lucke: 10 Thesen zum Islam, 31.10.2013, unter: <https://genius.com/Bernd-lucke-10-thesen-zum-islam-annotated>.

14 Norbert Lammert: Brauchen wir eine Leitkultur?, 5.6.2016, unter: <https://blog.klassik-stiftung.de/norbert-lammert-leitkultur/>.

15 Ebd.

16 Ebd.

17 Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm, S. 32.

18 Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Drucksache 16/7000, 11.12.2007, unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/070/1607000.pdf>. Vgl. dazu auch: Lars Alberth: Die Fabrikation europäischer Kultur. Zur diskursiven Sichtbarkeit von Herrschaft in Europa, Bielefeld 2013, S. 13.

19 Vgl. William Montgomery Watt: Der Einfluss des Islam auf das europäische Mittelalter, Berlin 2001 sowie Jim Al-Khalili: Im Haus der Weisheit. Die arabischen Wissenschaften als Fundament unserer Kultur, Frankfurt am Main 2011.

Demgegenüber betrachtet die AfD in ihrem Grundsatzprogramm „[d]ie Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, [...] als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.“²⁰ Die AfD verbindet sozialen Frieden mit geteilten kulturellen Werten und bindet diese wiederum an die Geschichte einer Nation. Das ihrer Position zugrunde liegende Verständnis von Kultur, Religion und Nation unterscheidet sich bezüglich ihres Essentialismus, ihrer Homogenisierung und ihrer Dichotomisierung nicht von jenem anderer Politiker_innen. Staat und Gesellschaft erscheinen darin nicht als Orte, an denen Interessen ausgehandelt und Bedürfnisse befriedigt werden, sondern als natürliche Gebilde, denen „Artenschutz“ zusteht. Als christlich imaginiert, kommt „dem Islam“ darin die Position des Fremden zu, das abgewehrt werden muss und gleichzeitig benötigt wird, um das Eigene zu konturieren. Als Platzhalter auch für andere Rassismen und Antisemitismus verbindet der antimuslimische Rassismus der AfD den besitzstandswahrenden Neoliberalismus, der Menschen nach ihrer Nützlichkeit beurteilt, mit einem völkischen Nationalkonservatismus, der eine vermeintlich natürliche Ordnung anstrebt. Auf diese Weise verknüpft er die Interessen einer elitären Wirtschaftslobby mit jenen gewöhnlicher Bürger_innen. Die Figur des „muslimischen Flüchtlings“ wird als Prototyp des Fremden entworfen, der den nationalen Wohlstand und die deutsche Identität bedrohe. Der aktuelle AfD-Spitzenkandidat und Jurist Alexander Gauland, ein ehemaliges CDU-Mitglied, hält eine „verbindliche Identität aus moralischen Prinzipien und abendländischen Traditionen“²¹ für wünschenswert. Gauland argumentiert, dass es „der AfD in ihrer Frontstellung

gegen den Islam nicht um die Verteidigung des Christentums, sondern um die Abwehr des kulturell Fremden [gehe]. ‚Wir wollen nicht das Christentum im religiösen Sinne verteidigen. [...] Das Christentum ist dafür dann eine Metapher.‘“²² Der Metapher des Christentums wird jene des Islams gegenübergestellt; „der Islam“ symbolisiert das Andere, Fremde, in dessen Spiegelbild das Eigene konturiert wird.

Was ist also besonders am antimuslimischen Rassismus rechter Argumentationen? Verschiedene Positionen jenseits und diesseits rechter Zuordnungen beziehen sich auf das gleiche Islambild, nach welchem sich „Muslim_innen“ und „Deutsche“ kulturell grundsätzlich unterschieden. Angesichts dieser Differenz verlieren Differenzen zwischen Muslim_innen bzw. zwischen Deutschen an Bedeutung. Auch suggeriert (der antimuslimische) Rassismus sowohl rechter als auch hegemonialer Provenienz, dass Menschen nur unter einer „Leitkultur“ friedlich zusammenleben könnten. Rechte und alltagsrassistische Argumentationen sind in die gleichen antimuslimischen Diskurse verstrickt. Gleichwohl können ihre Positionen unterschiedliche Formen annehmen und Effekte haben.

Rechte und alltagsrassistische Argumentationen sind in die gleichen antimuslimischen Diskurse verstrickt.

Die gemeinsame Verstrickung in antimuslimischen Rassismus erschwert es den etablierten Parteien, der kritischen Öffentlichkeit und der engagierten Zivilgesellschaft aber, sich von rechtspopulistischen und rechtsextremen antimuslimischen Äußerungen inhaltlich abzugrenzen, so dass lediglich die Form, die offene Gewaltförmigkeit, in den Blick genommen wird.

20 Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm, S. 32.

21 Häusler/Roeser: „Mut“-Bürger, S. 21.

22 Markus Wehner/Eckart Lohse: Gauland beleidigt Boateng, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.5.2016, unter: www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-vize-gauland-beleidigt-jerome-boateng-14257743.html.

RECHTER UND RASSISTISCHER TERROR — IM SPIEGEL MIGRATIONSGESELLSCHAFTLICH SITUierten WISSENS UND GESELLSCHAFTLICH TRADIERTER DISTANZIERUNGSMUSTER VON RASSISMUS AM BEISPIEL DES ANSCHLAGS AUF DER VEDDEL.

von Awista Gardi

Im folgenden Text wird am Beispiel eines Anschlages auf der Veddel untersucht, inwiefern das Erfahrungswissen von Schwarzen Menschen und People of Color¹ eine Perspektive auf Rassismus ermöglicht, die über dominante Blickweisen hinausgeht. Anschließend wird betrachtet, wie im medialen und staatlichen Umgang mit rassistischer und rechter Gewalt Distanzierungsmuster von Rassismus (re-)produziert und somit strukturelle Interventionen erschwert werden.

Am 17. Dezember 2017 verübte Stephan Kronbügel einen Anschlag auf dem S-Bahnhof Veddel, bei dem ein mit Schrauben versehener Sprengsatz gezündet wurde. Schon wenige Stunden nach der Tat wurde von Ermittlungsbehörden ein rassistisches oder rechtes Handlungsmotiv des zu diesem Zeitpunkt unbekanntes Täters ausgeschlossen. Diese Einschätzung wurde medial aufgegriffen. In Berichterstattungen wurde betont, dass es keine Hinweise auf rassistische oder rechte Handlungsmotive gäbe und der Sprengsatz verharmlosend als „Böller“ beschrieben².

In Gesprächen, welche ich³ am Abend des Anschlages und am Tag darauf mit verschiedenen im Stadtteil lebenden Schwarzen Menschen und Peo-

ple of Color führte, wurde eine andere Perspektive deutlich. Mehrfach wurde die mediale und ermittelungsbehördliche Dethematisierung eines möglichen rassistischen Tatmotivs kritisiert.

Viele meiner Gesprächspartner_innen⁴ stellten den Anschlag auf der Veddel in den Kontext eines in Deutschland tradierten rassistischen Terrors. So wurden die Terroranschläge des NSU-Komplexes in Köln und Nürnberg erwähnt, bei denen rechte Täter_innen bewusst Orte aufsuchten, in denen sich viele Schwarze Menschen und People of Color bewegten. Die Wahl des S-Bahnhofes Veddel wurde dementsprechend nicht als zufällig wahrgenommen, da die Veddel und Wilhelmsburg diskursiv als migrantisierte Stadtteile markiert werden. Den Anschlag erlebten viele meiner Gesprächspartner_innen daher als einen generellen Angriff auf die in Wilhelmsburg und auf der Veddel lebenden Schwarzen Menschen und People of Color. Folglich fühlten sich auch Personen, die während des Anschlages nicht auf dem Gleis waren, durch die Tat adressiert und bedroht.

Mehrfach wurde die mediale und ermittelungsbehördliche Dethematisierung eines möglichen rassistischen Tatmotivs kritisiert.

1 Die innerhalb von politischen Kämpfen angeeignete Selbstbezeichnung Schwarz ist, ebenso wie die Selbstbezeichnung People of Color, als ein selbstgewählter Bündnisbegriff verschiedener rassistisch markierter Personen zu verstehen. Hierbei geht es nicht um die Beschreibung körperlicher Merkmale oder um Bezeichnungen, die Identitäten festschreiben sollen, sondern um gesellschaftliche Positionierungen im Rahmen einer politischen Strategie. Die gesellschaftliche Positionierung innerhalb rassistischer Machtverhältnisse sowie das eigene Erfahren von Rassismus sollen somit beschreibbar gemacht werden (vgl. Dean 2015, 597ff.).

2 Siehe beispielsweise den folgenden Artikel des Tagesspiegels vom 20.12.2017: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/veddel-verdaechtiger-nach-boeller-explosion-in-hamburger-s-bahnhof-festgenommen/20760326.html>.

3 Ich, Awista Gardi, bin Studentin der Sozialen Arbeit an der HAW Hamburg und setze mich sowohl in meiner akademischen, als auch in meiner politischen Praxis unter anderem mit den Themenkomplexen der (Re-)Produktion gesellschaftlicher Machtverhältnisse sowie diesbezüglichen Widerstandes auseinander.

4 Sprachliche Strukturen können Machtverhältnisse und Diskriminierung (re-)produzieren, diese jedoch auch in Frage stellen. Die in diesem Text verwendete Gender-Gap soll einen Versuch der Irritation binärer Geschlechterkonstruktionen darstellen.

Die Perspektiven meiner Gesprächspartner_innen veranschaulichen das migrationsgesellschaftlich situierte Wissen, über das Schwarze Menschen und People of Color in Deutschland verfügen. Mit migrationsgesellschaftlich situiertem Wissen wird ein spezifischer Wissenskomplex beschrieben, der aus konkreten leiblichen und gesellschaftlich situierten Erfahrungen resultiert (vgl. Kahveci/Sarp 2017, 39). Dieser setzt sich zum einen aus dem Erfahrungswissen, welches in dem Erleben von und dem Umgang mit rassistischer Diskriminierung entsteht, zusammen. Zum anderen generiert er sich aus dem Wissen, welches im Zuge von Erfahrungen mit und Arbeit in solidarischen Zusammenhängen und Aneignungskämpfen gesammelt wird (vgl. Güleç/Schaffer 2017, 58). Zusammenfassend lässt sich die Generierung situierten Wissens in den Worten Doris Liebschers wie folgt ausdrücken:

„Rassismus- und Migrationserfahrungen generieren ein spezifisches Wissen um die Verfasstheit und die Wirkungen von rassistischer Diskriminierung und Gewalt.“ (Liebscher 2017, 89)

Das migrationsgesellschaftlich situierte Wissen wird in Communities artikuliert und produziert (vgl. Perinelli 2017, 158). Sich selbst als von Rassismus und rassistischem Terror verletzlich zu wissen, ist dabei ein Teil des kollektiven Wissensbestandes (vgl. Kahveci/Sarp 2017, 40). Dieser kollektive Wissensbestand ermöglichte es meinen Gesprächspartner_innen, die rassistischen Dimensionen des Anschlages zu erkennen, bevor diese von Ermittlungsbehörden oder medial benannt wurden.

Kurze Zeit nach dem Anschlag wurde Stephan Kronbügel als Hauptverdächtiger identifiziert. Dabei wurde bekannt, dass dieser den Kapitän Gustav Schneeclaus am 18. März 1992 im Rahmen eines rechten Übergriffs ermordete und infolgedessen zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

Im Zuge der darauffolgenden medialen Berichterstattung wurden verschiedene Informationen über Kronbügel dargestellt. Einige Aspekte wurden dabei besonders intensiv verhandelt. So bezogen sich die Berichterstattungen auf die Verbindungen Kronbügels zu organisierten rechten Strukturen, ebenso wie auf rechte und rassistische Äußerungen seinerseits, in denen er den Anschlag auf der Veddel ankündigte. Gleichsam intensiv wurde darüber berichtet, dass er regelmäßig Alkohol konsumiere, mehrfach verurteilt wurde sowie gewalttätig gegenüber seiner ehemaligen Lebenspartnerin war.

Auffällig war dabei, dass die Verortung Stephan Kronbügels in die sogenannte *Trinker-szene*⁵ sowie die Vermutung, dass er in jüngerer Vergangenheit nicht in rechten Strukturen organisiert gewesen sei, eine Entpolitisierung des Anschlages sowie die Dethematisierung rassistischer Tatmotive ermöglichte. Implizit begleitet eine solche Berichterstattung die Annahme, dass der Alkoholkonsum Kronbügels dessen Schuld und Verantwortlichkeit an der Durchführung des Bombenanschlags mindere. Tatsächlich werden nach §20 StGB und §21 StGB die Möglichkeiten der Schuldunfähigkeit und verminderten Straffähigkeit, welcher sich in einem Gerichtsverfahren bedient werden kann, definiert. Diese juristischen Möglichkeiten der Strafmilderung wurden jedoch noch vor dem Beginn des Gerichtsverfahrens in den gesellschaftlichen und medialen Diskurs verlegt.⁶

Während das Sammeln von Informationen über Kronbügel, wie zu dessen Verbindungen zu organisierten rechten Strukturen oder seiner politischen Orientierung, relevant für die Untersuchung der Tathintergründe sein kann, gilt es kritisch zu hinterfragen, welchen Effekt dieses Vorgehen hat, wenn es nicht mit der Betrachtung struktureller Faktoren einhergeht. So lassen sich anhand der medialen Darstellung von Stephan Kronbügel Muster eines in Deutschland tradierten Umgangs mit Rassismus erkennen.

5 Die Kursivschreibung des Wortes *Trinkerszene* soll anzeigen, dass dieser Begriff zwar medial und öffentlich breit aufgegriffen wird und somit, insbesondere mit seinen Implikationen, in der Analyse der Berichterstattung um den Bombenanschlag auf der Veddel betrachtet werden muss, es sich dabei jedoch um eine stigmatisierende Fremdbezeichnung handelt, die nicht unmarkiert in den Text einfließen soll.

6 Entgegen der im medialen Diskurs (implizit) formulierten Annahme, dass Kronbügels Straffähigkeit aufgrund seines Alkoholkonsums gemindert sei, kamen §20 StGB und §21 StGB im Gerichtsverfahren selbst nicht zur Anwendung.

Der Umgang mit der rassistischen und antisemitischen Normalität im deutschsprachigen Raum ist eng verwoben mit einer tabuisierenden Dethematisierung. Dabei wird die Thematisierung von Rassismus überwiegend gemieden, verschoben und skandalisiert (vgl. Messerschmidt 2010, 41ff.). Rassismus wird bevorzugt für die Bezeichnung von Phänomenen verwendet, die mit nationalsozialistischen Einstellungen oder sogenannten *rechtsextremen Randgruppen*⁷ in Verbindung gebracht werden können. Er wird somit als Ausnahmeerscheinung und Randphänomen markiert. Die (Re-)Produktion von Rassismus wird dabei zum Problem der „Anderen“, die nicht zum gesellschaftlichen „Wir“ gehören (vgl. ebd.). In der Darstellung Stephan Kronbügels als „typischem rechten Straftäter“, welcher regelmäßig Alkohol konsumiere, vorbestraft sowie habitualisiert gewalttätig sei, wurde primär dessen Abweichung von einem gesellschaftlichen „Wir“ konstruiert. Er wurde, um es in den Worten Astrid Messerschmidts auszudrücken, zu einem marginalisierten Abweichler gemacht (vgl. ebd., 46). Rassismus erscheint somit nicht als Teil der eigentlichen Gesellschaft, die dadurch als unproblematisch und nicht in rassistische Strukturen verstrickt konstruiert wird. Die Verlagerung von Rassismus in den sogenannten Rechtsextremismus wirkt folglich selbstentlastend, da eine Auseinandersetzung mit gesamtgesellschaftlich bestehenden rassistischen Strukturen vermieden wird (vgl. ebd.). Auch die Einordnung Kronbügels in die sogenannte Trinkerzene ist vor eben diesem Kontext kritisch zu reflektieren. So beschreibt Claus Melter, dass die Pathologisierung von Rassismus eine tradierte Form von dessen Dethematisierung ist (vgl. Melter 2011, 285). Ähnlich wie bei der Verlagerung von Rassismus in den sogenannten Rechtsextremismus wird bei der Pathologisierung von Rassismus ein vermeintlich gesundes, nicht rassistisches gesellschaftliches „Wir“ konstruiert. Indem Rassismus beispielsweise mit regelmäßigem Alkoholkonsum verknüpft wird, erscheint dessen (Re-)Produktion nicht als Teil des „Wirs“, sondern vielmehr als Begleiterscheinung eines von gesellschaftlichen Normen abweichenden Verhaltens.

Für eine umfassendere Untersuchung rechter und rassistischer Gewalt wären jedoch sowohl die klare Benennung von Rassismus als auch die Betrachtung struktureller Faktoren durchaus relevant, da so gesellschaftliche Normalitäten erkannt und bearbeitet werden könnten, die rechte und rassistische Gewalt ermöglichen (vgl. Messerschmidt 2010, 47).

Die Verurteilung Stephan Kronbügels zu zehn Jahren Freiheitsentzug wegen vierfach versuchten Mordes, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung lässt erkennen, dass der Anschlag auf der Veddel juristisch als Gewalttat mit Mordabsicht eingeordnet wurde und folglich der Versuch der Strafverteidigung, den Anschlag als einen Scherz unter Alkoholeinfluss zu entpolitisieren, nicht gelang.

Gleichzeitig wiederholten sich auch im Gerichtsverfahren gesellschaftlich tradierte Muster der Individualisierung von Rassismus, ebenso wurde der Anschlag nicht explizit als rechte und rassistische Tat benannt.

Im Zuge des Gerichtsverfahrens wurden die Strukturen rechter Szenen in Deutschland, entgegen klarer Hinweise auf diese, nicht als relevanter Kontext des Anschlages untersucht. So wurde beispielsweise nicht ermittelt, auf welchen Wegen und im Rahmen welcher Netzwerke Kronbügel den Sprengsatz erhielt. Dabei wurde der Mythos des uneingebundenen rechten Einzeltäters (re-)produziert. Solch ein Vorgehen ließ sich auch in dem Umgang mit den Taten des NSU-Komplexes beobachten, bei dem ein sogenanntes NSU-Trio konstruiert wurde, welches überwiegend autark gehandelt hätte. Die Verbreitung und Vernetzung rechter Strukturen in Deutschland sowie die diese Strukturen ermöglichenden strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen bleiben dabei unbenannt. Ebenso

Im Zuge des Gerichtsverfahrens wurden die Strukturen rechter Szenen in Deutschland, entgegen klarer Hinweise auf diese, nicht als relevanter Kontext des Anschlages untersucht.

⁷ Mit der kursiven Schreibweise der Wörter *rechtsextreme Randgruppen* und *Rechtsextremismus* soll auf den Konstruktionscharakter dieser Begriffe hingewiesen werden. So verweist das Sprechen von Rechtsextremismus auf die Konstruktion einer vermeintlich politisch neutralen und normalisierten gesellschaftlichen Mitte, von der nicht normalisierte politische Orientierungen in den sogenannten Extremismus abgespalten werden können. Die Distanzierungsmuster von Rassismus im deutschsprachigen Raum basieren auf eben diesen dichotomisierenden Konstruktionen einer gesellschaftlichen Mitte und davon abweichenden Extremismen.

wenig wurden gesellschaftliche Strukturen und alltägliche Diskurse betrachtet, die rechte und rassistische Handlungen legitimieren und somit ausführbarer machen. Die Einordnung des Anschlages in einen in Deutschland tradierten rechten und rassistischen Terror sowie alltäglich (re-)produzierter rechter und rassistischer Gewalt blieb somit aus.

Anzumerken ist ebenso, dass im Rahmen der Gerichtsverhandlung keine Kritik an den Ermittlungspraxen der Polizei geübt wurde. Im Zuge des zweiten Prozesstages wurde bekannt, dass sich Sissy B., eine ehemalige Lebensgefährtin Kronbügels, im Juni 2017 an die Polizei wandte, da Kronbügel ihr gegenüber den Anschlag schon zu diesem Zeitpunkt ankündigte. Die Polizei ging ihren Hinweisen jedoch nicht nach (vgl. Veddelprozess 2018). Auch als sich Sissy B. nach dem Anschlag im Dezember 2017 an die Polizei wandte, wurden ihre Hinweise nicht als relevant betrachtet (vgl. Speit 2018). So wurde sie nicht als Zeugin geladen, sondern kontaktierte von sich aus das Gericht. Das Vorgehen der Polizei wurde im weiteren Verlauf des Gerichtsverfahrens von institutioneller Seite aus nicht explizit kritisiert. Dies ist insofern kritisch zu reflektieren, als das Handeln der Polizei an die Ermittlungspraxen bezüglich der Morde und Anschläge des NSU erinnert, im Zuge derer entgegen diverser Hinweise nicht in Richtung rechter und rassistischer Tatmotive ermittelt wurde (vgl. Fereidooni 2016, 45).

Nach Doris Liebscher erschweren institutionelle Strukturen und Routinen im Justizsystem die Thematisierung von Rassismus vor Gericht (vgl. Liebscher 2017, 84ff.). Vorherrschende hegemoniale Verständnisse von Rassismus, rassistische Zuschreibungen oder auch die strukturelle Marginalisierung rassistischer und migrationsgesellschaftlich situierter Wissens von Schwarzen Menschen und People of Color prägen die juristische Praxis (vgl. ebd.). Das Gerichtsverfahren bezüglich des Anschlages auf der Veddel verdeutlicht, dass sich Handlungsmuster im ermittelungsbehördlichen und gerichtlichen Umgang mit rassistischer und rechter Gewalt wiederholen, wenn institutionelle Strukturen und Routinen nicht reflektiert werden.

Der ermittelungsbehördliche, juristische und mediale Umgang mit dem Bombenanschlag auf der Veddel unterstreicht die Relevanz der im Rahmen des 2017 in Köln abgehaltenen NSU-Tribunals aufgestellten Forderungen (vgl. NSU-Tribunal 2017). Um einen strukturellen und nachhaltigen Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt zu ermöglichen, braucht es neben der Dekonstruktion dominanter Rassismusverständnisse, die einen dethematisierenden Umgang mit Rassismus generieren, die Untersuchung ermittelungsbehördlicher, juristischer und medialer Handlungsrouninen auf institutionellen Rassismus hin.

Eben diese Forderungen wurden auch bei einer zivilgesellschaftlichen Aktion zum ersten Jahrestag des Bombenanschlages aufgegriffen. Am Montag dem 17. Dezember 2018 wurden an einer Überdachung des S-Bahnhofes Veddel verschiedene selbstgeschriebene Plakate angebracht. Auf diesen Plakaten wurde der Bombenanschlag explizit als rassistischer Terror benannt, die Alltäglichkeit und strukturelle Allgegenwärtigkeit von Rassismus betont, die Pathologisierung von Rassismus sowie dessen Dethematisierung kritisiert und über die Konsequenzen von Rassismus für Schwarze Menschen und People of Color sowie mögliche Empowermentstrategien geschrieben.

Das Anbringen dieser Plakate kann als eine Raumnahme interpretiert werden, durch die sich relativ marginalisierte Stimmen einen (konkreten) Platz im öffentlichen Diskurs aneignen. Gleichzeitig zeigt die Notwendigkeit einer solchen räumlichen Intervention das Fehlen rassistuskritischer Perspektiven in dominanten Diskursen auf. Nicht zuletzt wird dadurch deutlich, dass der Bombenanschlag auf der Veddel und die daraufhin erfolgten staatlichen und gesellschaftlichen Reaktionen in den Zusammenhang breiterer gesellschaftlicher Strukturen zu stellen sind. Das Anerkennen gesellschaftlich situierter Wissens Schwarzer Menschen und People of Color, ebenso wie rassistuskritischer Perspektiven, kann ein erster Schritt dahin sein, ebensolche gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen und zu verändern.

Literaturverzeichnis:

- Dean, Jasmin (2015):** Person/People of Colo(u)r. In: Arndt, Susan/Ofuately-Alazard, Nadia (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutscher Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. 2. Aufl., Münster: Unrast-Verlag, 597-607.
- Fereidooni, Karim (2016):** (Rassismusrelevante) Fehler im Zuge der „NSU“-Ermittlungen. In: Bozay, Kemal/Aslan, Bahar/Mangitay, Orhan/Özfirat, Funda (Hg.): Die haben gedacht, wir waren das. MigrantInnen über rechten Terror und Rassismus. Köln: PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, 41-54.
- Güleç, Ayşe/Schaffer, Johanna (2017):** Empathie, Ignoranz und migrantisch situiertes Wissen. Gemeinsam an der Auflösung des NSU-Komplexes arbeiten. In: Karakayalı, Juliane [u. a.] (Hg.): Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft. Bielefeld: transcript Verlag (Reihe Edition Politik), 57-79.
- Kahveci, Çağrı/Sarp, Özge Pınar (2017):** Von Solingen zum NSU. Rassistische Gewalt im kollektiven Gedächtnis von Migrant*innen türkischer Herkunft. In: Karakayalı, Juliane [u. a.] (Hg.): Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft. Bielefeld: transcript Verlag (Reihe Edition Politik), 37-56.
- Liebscher, Doris (2017):** Der NSU-Komplex vor Gericht. Zur Notwendigkeit einer Perspektiverweiterung in der rechtlichen Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus. In: Karakayalı, Juliane [u. a.] (Hg.): Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft. Bielefeld: transcript Verlag (Reihe Edition Politik), 81-106.
- Melter, Claus (2011):** Rassismusunkritische Soziale Arbeit? Zur (De-)Thematisierung von Rassismuserfahrungen Schwarzer Deutscher in der Jugendhilfe(forschung). In: Melter, Claus/Mecheril, Paul (Hg.): Rassismuskritik. Band 1. Rassismustheorie und -forschung. 2. Aufl., Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag (Reihe Politik und Bildung), 277-292.
- Messerschmidt, Astrid (2010):** Distanzierungsmuster. Vier Praktiken im Umgang mit Rassismus. In: Broden, Anne/Mecheril, Paul (Hg.): Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag (Reihe Kultur und soziale Praxis), 41-57.
- NSU-Tribunal (2017):** Forderungen des Tribunals ‚NSU-Komplex auflösen‘. Online unter: <http://www.nsu-tribunal.de/forderungen-des-tribunals-nsu-komplex-aufloesen/> (Zugriff am 01.03.2019).
- Perinelli, Massimo (2017):** Situiertes Wissen vs. korruptiertes Wissen. Warum die migrantische Perspektive in die Wissenschaft gehört. Und der Verfassungsschutz raus. In: Karakayalı, Juliane [u. a.] (Hg.): Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft. Bielefeld: transcript Verlag (Reihe Edition Politik), 145-162.
- Speit, Andreas (2018):** Ein geplanter Anschlag? Online unter: <https://www.taz.de/Archiv-Suche/%215514514&s=Andreas%2BSpeit&SuchRahmen=Print/> (Zugriff am 01.03.2019).
- Veddelprozess (2018):** 2. Verhandlungstag „Er hat den Anschlag angekündigt“. Online unter: <http://veddelprozess.blogspot.eu/category/prozessberichte/page/2/> (Zugriff am 01.03.2019).

BLITZLICHTER RECHTS

Januar 2019

- ▶ Auf dem Harburger Rathausplatz finden samstags Kundgebungen der „Gelben Westen Sektion Hamburg“ um den Holocaustleugner Wolfram Schiedewitz statt. Es folgen den Aufrufen allerdings nur sehr wenige Menschen.
- ▶ Die „Schutzstreife“ der NPD Hamburg ist in Farmsen unterwegs. Sie versuchen mit dieser Aktionsform, die an die Idee von „Bürgerwehren“ anknüpft, eine rassistische und antisemitische Raumnahme von öffentlichen Orten zu verfolgen.

Februar 2019

- ▶ Nach einer bundesweiten Razzia gegen Mitglieder der rassistischen Vereinigung „National Socialist Knights Of The Ku-Klux-Klan“, bei der auch die Wohnung eines Rechten in Wandsbek durchsucht wurde, wurde die für den 2. Februar geplante rechte Montags-Demonstration unter dem Titel „Merkel muss weg“ abgesagt. Die Demonstrationen hatten seit dem 5. Februar 2018 stattgefunden und Teilnehmer*innen aus unterschiedlichen Spektren – Identitäre Bewegung, AfD, vermeintlich Bürgerliche, Hooligans und Neonazis – versammelt. Dass die Raumnahme der Rechten weit weniger oft als zunächst von ihnen angekündigt und mit nur wenigen Teilnehmenden stattgefunden hat, ist vor allem ein Erfolg des kontinuierlichen, antifaschistischen Protests unterschiedlichster Art auf der Straße.
- ▶ Rund um das HSV gegen Dresden-Spiel waren im Hamburger Stadtgebiet, insbesondere auf der Reeperbahn, zahlreiche Personen mit einschlägig rechten Symbolen unterwegs.

März 2019

- ▶ Die NPD Hamburg ist mit einem Infotisch in Rahlstedt, in Billwerder ist sie mit ihrer „Schutzstreife“ präsent.
- ▶ Nachdem die AfD Hamburg über ihr Meldeportal einen Hinweis erhalten und behauptet hatte an der Ida-Ehre-Schule würde unter Duldung von Kollegium und Schulleitung für linksextreme Positionen geworben, was von verschiedenen Medien aufgegriffen wurde, hat es am 28.03. eine Bombendrohung mit rechtem Hintergrund gegen die Schule gegeben. Die Schule musste daraufhin geräumt werden.

Mai 2019

- ▶ Nach dem Aus für die „MmW“-Demonstrationen versammeln sich am 14. April Rechte unter dem Motto „Michel, wach’ endlich auf“ am Dammtor. Die Teilnehmer*innenzahl blieb hinter den Erwartungen der Veranstalter*innen zurück. Der Gegenprotest war umso größer.
- ▶ Eine für den 20. April geplante Demonstration der NPD in Harburg wird auf Grund organisatorischer Schwierigkeiten des Veranstalters abgesagt.
- ▶ Mitglieder des Reichsbürger-Spektrums werfen um den 17. April herum Flyer in Briefkästen in Barmbek Nord.

DIE AFD AKTION »NEUTRALE SCHULEN HAMBURG«

Aus unserer Beratungspraxis wissen wir, dass die von der AfD Hamburg im September 2018 gestartete Aktion „Neutrale Schulen Hamburg“ für einige Aufregung, Verunsicherungen, aber auch für vielfältige widerständige Praxen und inhaltliche Stellungnahmen sorgt. Nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um Unterrichtsmethoden und das antifaschistische Engagement von Schüler*innen an der Ida-Ehre-Schule machen deutlich, welche drastischen Auswirkungen das Portal hat. Kolleg*innen und Bündnispartner*innen haben sich Gedanken gemacht und Aktivitäten entfaltet.

1. Chronologie der Ereignisse

In dem Artikel *Angst vor Bildung* zeichnet Florian Schubert die Chronologie des Meldeportals nach.

- ▶ Florian Schubert: *Angst vor Bildung*. der rechte rand, Ausgabe 175.

<https://www.der-rechte-rand.de/archive/4009/afd-angst-vor-bildung/>

2. Beispiele für Gegenaktivitäten

#meineMeinung

- ▶ Unter dem Hashtag #meineMeinung schreiben GEW-Mitglieder abwechselnd in unregelmäßigen Abständen darüber, was sie im Berufsalltag bewegt, berührt und beschäftigt. Catrine Bauer schreibt der AfD.

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/an-die-afd/>

Auch andere Lehrer*innen beziehen öffentlich Stellung. So haben beispielsweise Lehrer*innen der Hamburger Max-Brauer-Schule, aber auch andere, offene Briefe geschrieben, in denen sie zum Ausdruck bringen, was sie zum Meldeportal zu sagen haben. Näheres z. B. hier:

- ▶ <http://www.taz.de/!5545437/>
- ▶ https://www.gew-hamburg.de/sites/default/files/abbildungen/aktuelle-meldungen/flyer_3_12.jpg

Das Meldeportal wird außerdem mit satirischen Beiträgen geflutet, teilweise gingen so viele Meldungen ein, dass sie das Portal lahmlegten:

- ▶ <https://www.zeit.de/2018/48/lehrermeldeportal-afd-schueler-unterricht-denunziation/seite-2>

Ein Zusammenschluss aus GEW, DGB, Lehrer- und SchülerInnenkammer Hamburg hat im Dezember 2018 unter dem Motto „Haltung zeigen statt Zurückhaltung üben – Engagierte Lehrkräfte und politische Bildung an Schulen stärken! Rechtspopulismus entgegentreten!“ zur Demonstration aufgerufen, um über das Portal hinaus Stellung zu beziehen gegen den zunehmenden Rechtspopulismus.

- ▶ <https://www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/infoveranstaltung-und-demonstration-am-montag-3122018>

Im Rahmen des hamburgweiten Schulprojektes „Karolonia – Stadtlabor für temporäre Weltverbesserung“ gründen Schüler*innen verschiedener Hamburger Schulen für ein paar Wochen eine Art fiktiven Mikrostaat. Der 11. Jahrgang einer Stadtteilschule entwarf für „Karolonia“ T-Shirts mit verschiedenen Sprüchen. Darunter „AfD – Alternative für Dummheit“. Der AfD war das eine weitere kleine Anfrage wert.

- ▶ <https://www.mopo.de/hamburg/spruch-auf-schueler-t-shirt--alternative-fuer-dummheit--afd-greift-stadtteilschule-an-31757364>

3. Argumentationen

Die Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) hat sich im Juni 2004 als offener Zusammenschluss von Sozialwissenschaftler*innen aus dem deutschsprachigen Raum (Deutschland, Schweiz, Österreich) gegründet. Zielsetzung der gemeinsamen Arbeit ist die Diskussion gesellschaftskritischer Theoriean-

sätze, deren Reproduktion und Weiterentwicklung in Zeiten ihrer zunehmenden Marginalisierung an den Hochschulen gesichert werden soll. Aus dem Forum kritische politische Bildung heraus wurde im Juni 2015 die Frankfurter Erklärung. Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung. entwickelt. Leseempfehlung für alle, die eine emanzipatorische politische Bildung wollen.

- ▶ <http://akg-online.org/arbeitskreise/fkpb/frankfurter-erklaerung-fuer-eine-kritisch-emanzipatorische-politische-bildung>

Die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE), die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und die Sektion Politikwissenschaft und Politische Bildung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) haben eine gemeinsame Stellungnahme zur AfD-Meldeplattform „Neutrale Schulen“ verfasst, die gute inhaltliche Argumente liefert und als PDF zum Download zur Verfügung steht:

- ▶ http://dvpb.de/wp-content/uploads/2018/10/Stellungnahme-GPJE_DVPB_DVPW-Sektion.pdf

Die GEW beleuchtet in ihren FAQs die gesetzlichen Grundlagen für politische Bildung in der Schule, den Sinn und Zweck des Beutelsbacher Konsenses und gibt eine Handlungsorientierung, nicht nur für Lehrer*innen:

- ▶ <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>

Die Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings (DJBR) hat ihre Position zur Stärkung und zum Schutz der Politischen Bildung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht:

- ▶ <https://www.djbr.de/artikel/politische-bildung-staerken-und-schuetzen/>

VERMISCHTES

LITERATUR

Mechtild Gomolla, Marlene Menk, Ellen Kollender (Hg.): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland: Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen. Juventa Verlag GmbH, 2018.

„Der Sammelband beschäftigt sich mit unterschiedlichen Facetten von Rassismus und Rechtsextremismus in ihren historischen Kontinuitäten und gegenwärtigen Ausprägungen im Kontext von Globalisierung, aktueller Fluchtmigration, der Herausbildung neuer rechter Bewegungen sowie der Aufarbeitung der NSU-Morde. Die Beiträge geben einen Überblick über aktuelle Forschungsperspektiven auf Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland sowie zentrale Definitionen, Begriffe und Kontroversen. Einen Schwerpunkt bildet die Verwurzelung rechtsextremer, rassistischer und anderer menschen(rechts)verachtender Orientierungs- und Handlungsmuster, Strukturen und Gewaltformen in staatlichen Institutionen und der sogenannten gesellschaftlichen Mitte. Der Band fragt zudem nach geeigneten bildungspolitischen und -praktischen Ansätzen, um in Gesellschaft und staatlichen Institutionen alltägliche (Diskriminierungs-)Muster von Rechtsextremismus und Rassismus zu durchbrechen.“

Micha Brumlik, Marina Chernivsky, Max Czollek, Hannah Peaceman, Anna Schapiro, Lea Wohl von Haselberg (Hg.): Gegenwartsbewältigung. Jalta, Positionen zur jüdischen Gegenwart, 04/2018.

Die vierte Ausgabe der Zeitschrift Jalta beschäftigt sich mit dem Thema Gegenwartsbewältigung. „Nach einer langen Phase der Verdrängung ist Deutschland nun ‚Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung‘ und hat das ‚dunkle Kapitel‘ seiner Geschichte erfolg-

reich in das Masternarrativ einer vereinigten bundesrepublikanischen Identität integriert. Mit der heutigen Erinnerungskultur ist zugleich ein Ort geschaffen, an dem über gegenwärtigen Antisemitismus und Rassismus diskutiert wird, als fänden sie in luftleeren Räumen statt. Wir leben in einer Gegenwart, in der das Gedenken an die Shoah zwar Staatsräson ist, selbstbestimmte Erinnerung aber erkämpft werden muss. In der Opfergruppen vergessen und diskriminiert werden. In der die Vergangenheit instrumentalisiert wird, um Migrant*innen auszugrenzen. Vor diesem Hintergrund sind Jüdinnen und Juden mit der Erwartung einer deutschen Dominanzgesellschaft konfrontiert, den sonderbaren deutschen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu bestätigen. Jüdisch-deutsche sowie innerjüdische Widersprüche können nicht thematisiert werden, Kontinuitäten rechter und antisemitischer Gewalt bleiben unbeannt. Wie aber wirkt die Vergangenheit in die Gegenwart hinein? Wer erinnert sich (nicht) und wer wird (nicht) erinnert? Inwiefern kann von einem kollektiven Gedächtnis gesprochen werden, wenn es um die Entlastung der deutschen Täter*innengesellschaft geht, die sich jüdischer und migrantischer Positionen lediglich bedient, um die eigene Gutwerdung zu inszenieren? Auf welche Weise liegt in dem Konzept postmigrantischer Gesellschaften die Chance für eine Intervention?“

Tamer Düzyol, Taudy Pathmanathan (Hg.): Haymatlos. edition assemblage, 2018.

„HAYMATLOS ist die Heimat für Biografien, Emotionen und Geschichten aus verschiedenen Perspektiven. Dichter*innen kommen in diesem Gedichtband zusammen, um ihre Gedichte mit Bezug zu Rassismuserfahrungen, Migrations- und Familiengeschichten, Sehnsucht nach „Normalität“ uvm. einer Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dieses Buch eckt mit seiner Existenz an und stört, um auf historische, individuelle und kollektive Rassis-

muserfahrungen und auf (post)migrantische/BPoC/migrationshintergründige Perspektiven hinzuweisen und sie sichtbar zu machen. „HAYMATLOS“ und nicht „heimatlos“, um nicht einfach hinzunehmen und alles beim Alten zu lassen, sondern um zu intervenieren, zu verändern und Kraft zu schöpfen. Der Gedichtband bildet einen Schutzraum aus Worten, Reimen und Versen.“

Andreas Speit (Hg.): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten, Ch. Links Verlag, Berlin 2018

„Sie besetzen öffentliche Gebäude, steigen auf das Brandenburger Tor, stellen Hinrichtungen nach, stören Vorlesungen, führen Flashmobs auf und marschieren durch Innenstädte. Ihr schwarz-gelbes Logo, der griechische Buchstabe Lambda, ist auf zahlreichen Internetseiten präsent. In den letzten Jahren hat sich die Identitäre Bewegung (IB) fest in der politischen Landschaft verankert. Sie besteht zwar nur aus einer Aktivistengruppe von etwa 800 Mitgliedern, wird aber von Zehntausenden finanziell unterstützt. Ihre rechtsextremen Inhalte verbindet sie geschickt mit einem popkulturellen Habitus. Zentrales Thema: die angebliche Islamisierung des Abendlandes. Die gesamte Neue Rechte begrüßte die agilen Jugendlichen „ohne Migrationshintergrund“, die mit Aktionsformen der 68er-Bewegung auf sich aufmerksam machen. Beste Beziehungen bestehen längst zur Alternative für Deutschland und zu fremdenfeindlichen Organisationen im europäischen Ausland. 13 Autoren, die seit Jahren die Entwicklungen in der rechten Szene kritisch begleiten, legen einen fundierten Übersichtsband vor, der die Entwicklung der Identitären Bewegung darstellt, ihre Ideologie analysiert, Aktionen beschreibt und Netzwerke.“

Fatma Aydemir, Hengameh Yaghoobifarah (Hg.): Eure Heimat ist unser Albtraum, Ullstein Verlag, Berlin 2019

„Wie fühlt es sich an, tagtäglich als „Bedrohung“ wahrgenommen zu werden? Wie viel Vertrauen besteht nach dem NSU-Skandal noch in die Sicherheitsbehörden? Was bedeutet es, sich bei jeder Krise im Namen des gesamten Heimatlandes oder der Religionszugehörigkeit der Eltern rechtfertigen zu müssen? Und wie wirkt sich Rassismus auf die Sexualität aus? Dieses Buch ist ein Manifest gegen Heimat – einem völkisch verklärten Konzept, gegen dessen Normalisierung sich 14 deutschsprachige Autor_innen wehren. Zum einjährigen Bestehen des sogenannten „Heimatministeriums“ sammeln Fatma Aydemir und Hengameh Yaghoobifarah schonungslose Perspektiven auf eine rassistische und antisemitische Gesellschaft. In persönlichen Essays geben sie Einblick in ihren Alltag und halten Deutschland den Spiegel vor: einem Land, das sich als vorbildliche Demokratie begreift und gleichzeitig einen Teil seiner Mitglieder als „anders“ markiert, kaum schützt oder wertschätzt.“

Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges, Gerd Wiegel: Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD, Westend Verlag, Frankfurt am Main 2018.

„Seit die AfD in das Europaparlament, mehrere Landtage und den Bundestag eingezogen ist, wird darüber diskutiert, ob die Rechtspopulisten aufgrund gezielter Provokationen und „Politikunfähigkeit“ bald wieder aus den Parlamenten verschwinden oder sich dort für längere Zeit etablieren können. Die Rechtspopulisten nur als „Rattenfänger“ oder „braune Demagogen“ abzutun, führt jedenfalls zur Unterschätzung der mit ihren Wahlerfolgen dieser Parteiformation einhergehenden Gefahren. Butterwegge, Hentges und Wiegel analysieren klar: Nur ein konsequenter Kampf gegen die äußerste Rechte, der zivilgesellschaftliche Aktivitäten und außerparlamentarische Initiativen einschließt, kann eine Normalisierung der parlamentarischen AfD-Repräsentanz verhindern.“

Benno Hafenecker, Katharina Unkelbach, Benedikt Widmaier (Hg.): Rassismuskritische politische Bildung. Theorien – Konzepte – Orientierungen, Wochenschau-Verlag, Frankfurt 2018.

„Wie entsteht Rassismus? Welche Zusammenhänge lassen sich zwischen Sprache und Rassismus beobachten? Sollte rassismuskritische Bildung nicht eine Querschnittsaufgabe aller Bildungsarbeit sein? So steht vor dem Hintergrund neuer bundespolitischer Programme zur Extremismusprävention und Demokratieförderung nicht nur die non-formale politische Bildung vor neuen Herausforderungen, Klärungsprozessen und Selbstverständnisdébatten. Die Autorinnen und Autoren des Bandes widmen sich der vielschichtigen Ausdifferenzierung der rassismuskritischen Bildung: Neben dem Thema Antisemitismus werden auch Kolonialismus sowie Nachhaltigkeit und Globalisierung behandelt. Auch Rassismus im Kontext von Populismus und Rechtsextremismus kommt zur Sprache. Unterschiedliche Institutionen werden im Hinblick auf Rassismus (-kritik) betrachtet. Zudem finden sich im Band medienpädagogisch und -analytisch orientierte Beiträge. Dabei wird deutlich, welchen wichtigen Beitrag politische Bildung leisten kann, um Rassismus präventiv und aktiv entgegenzutreten.“

Philip Baron, Ansgar Drücker, Sebastian Seng (Hg.): Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit, Düsseldorf 2018, 96 Seiten.

„Im aktuellen Reader des IDA geht es um „Extremismus“. „Alles klar“, mögen sich die meisten denken. Fast alle können sich etwas vorstellen, wenn sie den Begriff hören. Aber ist es so eindeutig, wovon gesprochen wird, wenn von „Extremismus“ die Rede ist? Gibt es „Linksextremismus“ überhaupt? Ist „Rechtsextremismus“ einfach nur die andere Seite der Medaille? Und warum sind solche Fragen wichtig, wenn Veranstaltungen und Projekte der politischen Bildung geplant werden? Diese und noch einige andere Fragen stehen im Mittelpunkt des neuen IDA-Readers. Mit ihm möchte IDA Multiplikator*innen der Jugend-

und Bildungsarbeit einen kritischen Überblick über zentrale Begriffe und Annahmen des klassischen Extremismusmodells geben, seine Folgen und seine Anwendbarkeit in der Jugend- und Bildungsarbeit hinterfragen und angemessenere Alternativen zum Extremismusmodell darstellen. Mit diesem Reader stellt IDA seinen Leser*innen eine fundierte Grundlage zur Verfügung, um die Probleme des Extremismusmodells zu reflektieren, sich gegen Versuche der Vereinnahmung und Stigmatisierung als „linksextrem“ wehren zu können und am Extremismusmodell ausgerichtete Förderprogramme bewusst nutzen zu können, um eine menschenrechtsorientierte, diskriminierungs- und autoritarismuskritische Jugend- und Bildungsarbeit zu betreiben.“

BROSCHÜREN

Die von der Amadeu-Antonio-Stiftung herausgegebene Handreichung **„Ene, mene, muh – und raus bist du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik“** für das Handlungsfeld Kindertagesbetreuung sensibilisiert für einen kritischen Umgang mit Diskriminierung im frühkindlichen Bildungsbereich und hilft dabei, mit aktuellen Herausforderungen umzugehen. Anhand konkreter Fallbesprechungen werden Fachkräfte und Erzieher*innen auf Strategien rechter Akteur*innen aufmerksam gemacht und dabei unterstützt, einer Normalisierung rechtsextremer und menschenfeindlicher Einstellungen im frühkindlichen Bildungsbereich entgegenzuwirken. Die Broschüre bereitet Einrichtungen auch darauf vor, mit diskriminierenden Äußerungen oder Handlungen aus der Elternschaft und dem eigenen Kollegium umzugehen. Mit unterschiedlichen Perspektiven und in Expert*inneninterviews werden Gegenstrategien zu menschenverachtenden Positionen und Diskriminierung entwickelt und die Kita als Ort der ersten Instanz der Demokratiepädagogik gestärkt.

Rund drei Monate nach ihrem Erscheinen haben rechtspopulistische Akteur*innen die Broschüre entdeckt und gegen sie mobil gemacht.

- ▶ Unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/2018/klarstellung-es-geht-um-das-kindeswohl-und-nicht-um-blonde-zoepe/> nimmt die Amadeu-Antonio-Stiftung zu den wichtigsten Vorwürfen Stellung.

Unser Kooperationsprojekt **„Dekonstrukt“** hat im vergangenen Jahr Impulse zu verschiedenen Themen herausgegeben:

Impulse 01 Ulrich Peters: **„Die „Identitären“: Eine neu(e)rechte Jugendbewegung? – Ein Überblick über Ideologie, Akteure/Akteurinnen und Inszenierungsformen“**;

Impulse 02 Nils Schuhmacher: **„Erfahrungen und Ansatzpunkte der pädagogischen Praxis und Distanzierungsarbeit im Kontext der sogenannten „Neuen Rechten“ – Situations- und Bedarfsanalyse“**;

Impulse 03 Juliane Lang: **„Feminismus von Rechts? – Neue rechte Politiken zwischen der Forderung nach Frauenrechten und offenem Antifeminismus – Ein Überblick über Ideologie, Akteure/Akteurinnen und Inszenierungsformen“**;

Impulse 04 Fabian Jellonek/Pit Reinesch: **„Hetzen und Jammern – Eine Analyse medialer Inhalte, Strategien und Kanäle der neuen Rechten“**.

- ▶ Die Impulse stehen zum Download zur Verfügung <http://dekonstrukt.org/materialien> oder können unter info@dekonstrukt.org bestellt werden.

Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung haben gemeinsam in zweiter Auflage eine Broschüre rausgegeben: **Gender raus. 12 Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik**. „GenderKritik und AntiGenderHetze bilden eine Art Dach, unter dem sich sehr unterschiedliche, teils gegensätzliche Akteur*innen, Organisationen, Parteien, religiösfundamentalistische Netzwerke wie etwa Agenda Europe und Gruppierungen bündeln und oft auch gemeinsam agieren und europaweit vernetzt sind. In Deutschland sind das

unter anderen die extreme Rechte, die AfD, Pegida, verschiedene Männerrechtsgruppen, christlichfundamentalistische Kreise sowie manche Journalist*innen, Publizist*innen und Wissenschaftler*innen. GenderKritik ist auch in der bürgerlichen Mitte verbreitet und generell ein fester Bestandteil öffentlicher Debatten. Nicht zuletzt werden GenderTheorien und Feminismus auch innerhalb gleichstellungspolitischer, feministischer, wissenschaftlicher und politisch linker bzw. liberaler Kreise kontrovers diskutiert. Es gibt hier keine einheitliche Position. Im Unterschied zu diesen wichtigen Auseinandersetzungen ist jedoch das Ziel von AntiGenderHetze und Antifeminismus nicht, zu debattieren und unterschiedliche Positionen auszuloten. Vielmehr geht es um die Verbreitung falscher Informationen, darum, Hass zu schüren und gezielt Feindbilder aufzubauen. Diese Broschüre trägt einige der falschen Behauptungen zusammen, stellt sie richtig und formuliert auch Gegenargumente.“

- ▶ https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/gender_raus_epdf_2.pdf

Auch die MBR Berlin hat eine neue Handreichung veröffentlicht: **„Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts“**. Sie gibt konkrete Tipps zum Umgang mit rechten Veranstaltungsstörungen, öffentlichen Provokationen, Drohungen oder parlamentarischen Anfragen.

- ▶ <https://www.mbr-berlin.de/aktuelles/veroeffentlichung-der-neuen-mbr-handreichung-alles-nur-theater-zum-umgang-mit-dem-kulturkampf-von-rechts/?back=%2F%3Flang%3Dde&lang=de>

Das Landesinstitut für Schule und Medien Brandenburg hat eine Handreichung für das übergreifende Thema **Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt (Diversity)** herausgegeben, in der Unterrichtsbeispiele für die pädagogische Praxis aufgezeigt werden: „Hierbei geht es um einen selbstreflektierenden Umgang mit eigenen Identitäten und den Annahmen über die Identitäten anderer Menschen. Sie finden außerdem die Erklärung zentraler Fachbegrif-

fe zum Thema, einen Fragenkatalog zur Reflexion des eigenen Handelns sowie ausgewählte Projekte und Methoden. Sie erhalten ein fachspezifisches und fächerverbindendes Unterstützungsangebot, das die Implementierung der oben genannten übergreifenden Themen im neuen Rahmenlehrplan erleichtern soll. Die Handreichung zeigt auf, wie Vielfalt auf konstruktive und lebendige Weise zum Unterrichtsgegenstand gemacht werden kann.“

- ▶ https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/diversity/kulturelle_vielfalt/Diversitysensibles_Unterrichten_WEB_2018_10_15-2.pdf

Die Broschüre **„Vielfalt intersektional verstehen“** gibt „Hinweise für eine diversitätsorientierte Organisationsentwicklung. „i-Päd – intersektionale Pädagogik“ hat einige der Ergebnisse aus der Arbeit im Vielfalts-Check von DeutschPlus, aber auch aus eigener Beratungsexpertise zu einer Broschüre zusammengestellt, die Interessierten und Verantwortlichen für Diversitätsprozesse Hilfestellungen gibt. Die Broschüre dreht sich vor allem um folgende Fragen: Was bedeutet Diversität im Kontext von Organisationen? Welche Herangehensweisen gibt es, dieses Konzept im Sinne von Antidiskriminierung umzusetzen und dazu zu nutzen, gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen? Wie kann dabei die Expertise und Erfahrung von zivilgesellschaftlichen Selbstvertretungsorganisationen einbezogen werden? Welche bereits gemachten Erfahrungen können dabei genutzt werden, um das Konzept mit Kraft und Inhalt zu füllen? Welche Gelingensbedingungen müssen gegeben sein?“

- ▶ Das PDF der Broschüre kann heruntergeladen werden unter <https://www.deutsch-plus.de/aktuelles/broschuere-vielfalt-intersektional-verstehen/>

Das Forum Kritische politische Bildung beantwortet Fragen zum „Extremismus“-Konzept in der politischen Bildung. Zum Abschluss der Konferenz **„Bildung Macht Zukunft“** hat das Forum Kritische Politische Bildung einen FAQ-Katalog zum „Extremismus“-Konzept und

zu Verfassungsschutzüberprüfungen in der Demokratie(bildungs)förderung veröffentlicht. Unter faq.kritische-politische-bildung.de beantwortet das FKP zehn Fragen – weitere Ergänzungen sind geplant – zu aktuellen Entwicklungen und Diskussionen in der politischen Bildung und Demokratieförderung, insbesondere zur Anwendung des „Extremismus“-Konzeptes, zur Überprüfung von Bildungsträgern durch den Verfassungsschutz und zur vermeintlichen Neutralitätspflicht.

Die von uns herausgegebene Handreichung **„Sexualpädagogik in Bildungseinrichtungen – ein unkämpftes Feld? Wissenswertes zur Begleitung Sexueller Bildung – nicht nur bei Angriffen von (extrem) rechter oder religiös-konservativer Seite“** wendet sich an pädagogische Fachkräfte und Bildungseinrichtungen, die in irgendeiner Weise mit dem Themenfeld befasst sind, und möchte diese unterstützen, indem sie die fachlichen Diskurse und argumentativen Bezüge der Sexualpädagogik aufgreift, um rechten Kampagnen und Hetze fundiert etwas entgegensetzen zu können. In diesem Sinne verstehen wir die Handreichung nicht als Einstiegspublikation zur Sexualpädagogik für alle Pädagog*innen, die dazu arbeiten wollen, sondern möchten sie gezielt für den Fall eingesetzt wissen, dass Multiplikator*innen mit rechten Argumentationen oder Angriffen konfrontiert sind. Daher freuen wir uns über eine bewusste Weiterleitung an interessierte Personen und geben die Handreichung auf Wunsch auch in kleinerer Stückzahl in der Printversion raus.

In den vergangenen Jahren hatten immer mehr Beratungsanfragen an das Mobile Beratungsteam Hamburg Angriffe auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Kategorie Geschlecht / Gender beziehungsweise in Bildungszusammenhängen auf die Sexualpädagogik zum Anlass. Für rechte Akteur_innen stellen fachlich differenzierende, um Inklusion und Offenheit bemühte, machtsensible und an den Interessen aller beteiligten Gruppen orientierte Ansätze in der Sexuellen Bildung ein Feindbild dar, gegen das mobilisiert werden kann. Gerechnet wird dabei zumindest mit einem Widerhall in der Mitte der Gesellschaft, wenn nicht mit einem Zurückweichen

von fachlich entwickelten Ansätzen. Im aktuellen gesellschaftlichen Klima werden innerhalb der und an die Sexualpädagogik (der Vielfalt) gestellte fachliche Fragen immer wieder polemisch aufgegriffen, mit Ressentiments versehen und hetzerisch eskaliert. Auch in Hamburg haben diese Angriffe auf verschiedenen Ebenen stattgefunden – in der Bürgerschaft, auf einer Kundgebung, beim Elternabend –, wurden Bildungsmaterialien und Fachveranstaltungen zur Zielscheibe.

Wir möchten mit dieser Handreichung eine Scharnierfunktion einnehmen, um einerseits für Institutionen darzulegen, an welche Historie und Diskussionen rechte und konservative Ansätze anknüpfen, die versuchen, den Diskurs um Sexualpädagogik in Bildungseinrichtungen zu beeinflussen und fortschrittliche Entwicklungen zu verhindern. Andererseits möchten wir Eltern und Pädagog_innen ermutigen, sich Sinn und Qualität von Sexualpädagogik anzueignen, und ihnen seriöse Einrichtungen nennen, die ihnen in Bezug auf ihre Sorgen und Fragen eher helfen als rechte Kampagnen.

- Download: <https://hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D393105639.pdf>

PROJEKTE

Social Media Interventions! – rechtsextremen Geschlechterpolitiken im Netz begegnen

Träger: Dissens – Institut für Bildung und Forschung e. V.

„Das Projekt zielt darauf ab, rechtsextremen, sexistischen, homo-, trans* und inter*feindlichen Argumenten und Strategien im Internet zu begegnen und Gegenrede zu stärken. Wir setzen uns online und offline für die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt und den Abbau von Diskriminierung ein. Unsere Angebote beinhalten Online-Angebote und Bildungsformate, um für vielfaltsfeindliche Argumentationsstrategien zu sensibilisieren, Generenzählungen zu bündeln und zu verbreiten

und Menschen zu unterstützen, die von Hate Speech betroffen sind.“

- Weitere Informationen zu Projektansatz, Zielen und Ablauf sowie im Projekt entwickelten Materialien zur Weiterverwendung finden sich unter: <https://somi.dissens.de/>

Auf der ebenfalls zum Projekt gehörenden Seite <https://genderdings.de/> geht es „um das vieldiskutierte Gender-Dings! Um Familienformen, Sexualität, Feminismus, viele verschiedene Geschlechter, Schönheitsideale und mehr. Aufgeführt werden einerseits häufige Argumente gegen Feminismus und dazu passende Antworten, andererseits das Themenfeld Hassrede und wie man damit umgehen kann.“ Diese Seite hat auch eine Rubrik Leichte Sprache.

Anders Denken. Die Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit

„Die Onlineplattform richtet sich an Lehrkräfte, Bildungsarbeiter/innen, zivilgesellschaftliche Akteure sowie Interessierte und Engagierte, die sich pädagogisch mit Antisemitismus auseinandersetzen (wollen). Sie bietet aktuell und niedrigschwellig Orientierung im Themenfeld, liefert Hintergrundinformationen, dokumentiert Diskurse, Erfahrungen und Ansätze, präsentiert lokale Ansprechpartner/innen und stellt konkrete Bildungsmaterialien zur Verfügung. Die konzeptionelle und inhaltliche Entwicklung dieses Online-Angebotes erfolgte durch das Modellprojekt „Anders Denken. Politische Bildung gegen Antisemitismus“, dem auch die redaktionelle Betreuung obliegt. Um eine hohe Qualität zu gewährleisten sowie eine breite Palette an Perspektiven zu integrieren, wird die Plattform von Experten/innen aus Wissenschaft und Bildungspraxis begleitet. Dieser fachliche Beirat berät und unterstützt die Redaktion, bewertet die vorgestellten pädagogischen Konzepte und Materialien hinsichtlich ihrer Angemessenheit und Praxistauglichkeit und gibt weitergehende Impulse in Form von eigenen Beiträgen.“

- <https://www.anders-denken.info/>

RomArchive online

Das von der Kulturstiftung des Bundes über fast vier Jahre geförderte Projekt RomArchive ist Ende Januar im Rahmen einer Festveranstaltung in der Berliner Akademie der Künste der Öffentlichkeit vorgestellt und die dazugehörige Webseite www.romarchive.de online gestellt worden. RomArchive versteht sich laut Selbstbeschreibung als das digitale Archiv der Sinti*zze und Rom*nja. Es macht Künste und Kulturen der Sinti*zze und Rom*nja sichtbar und veranschaulicht ihren Beitrag zur europäischen Kulturgeschichte. Von Rom*nja und Sinti*zze selbst erzählte Gegengeschichten sollen eine international zugängliche, verlässliche Wissensquelle bilden, um den immer noch vorherrschenden mehrheitsgesellschaftlichen Stereotypen und Klischees mit Fakten zu begegnen. Dem realitätsfremden Bild einer homogenen „Roma-Kultur“ setzen die Macher*innen des Archivs exemplarisch die enorme Bandbreite und Diversität kultureller und nationaler. Das Archiv möchte damit eine Leerstelle in der europäischen Kulturlandschaft schließen, in der Sinti*zze und Rom*nja bislang keine eigenständige Stimme hatten. Ein weltweites Netzwerk von etwa 150 Romani-Akteur*innen aus 15 Ländern, Kulturschaffenden, Wissenschaftler_innen und, Aktivist_innen haben in dem Projekt konsequent das Prinzip der „Romani Leadership“.

VERANSTALTUNGEN

Fachtag Antisemitismus

(BASFI Hamburg, 17.06.2019, Bürgersaal Wandsbek, Hamburg)

„Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration lädt pädagogische Fachkräfte und Interessierte zum Fachtag ein. Es wird Inputs und Workshops mit führenden Fachexpertinnen und Fachexperten wie Prof. Dr. Andreas Zick, Ben Salomo und Dr. Yassar Aydin geben.“

FARN-Fachtagung

Prima Klima?: Radikalisierungstendenzen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz (06.11.2019 bis 07.11.2019)

Der Klimawandel schreitet voran. Der ökologische ebenso wie der gesellschaftliche. Hitzerekorde, Dürre und Überschwemmungen. Klimaflüchtlinge, Abschottungsfantasien und der Rückzug ins Eigene. Auch die Menschen im globalen Norden bekommen nun die Auswirkungen der CO2-Emissionen zu spüren. Und sie beginnen zu erahnen, dass die Zukunft mehr bringen wird als lange Sommer und Baden in der Nordsee. Wie umgehen mit der Krise, lautet die zunehmend drängende Frage. Die Antworten hierauf sind mannigfaltig. Nicht alle sind demokratisch und an den allgemeinen Menschenrechten orientiert. Nicht alle setzen auf Selbstbestimmungsrechte, Emanzipation und Gleichheit. Die zweite FARN-Fachtagung nimmt aktuelle Konzepte und Denkmodelle des Natur- und Umweltschutzes in den Fokus und unterzieht sie einer kritischen Betrachtung. Identifiziert und diskutiert werden insbesondere solche Ansätze, die rassistische, rechtsextreme, diskriminierende und sozialdarwinistische Symptome aufweisen.

Ausstellung: Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945

Seit der Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 und den rassistischen Mobilisierungen scheint die extreme Rechte in der Bundesrepublik präsent wie nie zuvor. Tatsächlich ist sie jedoch kein neues Phänomen – auch nicht in Berlin. Die Ausstellung vom antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz) und dem Aktiven Museum – Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., erzählt beispielhaft von zehn Ereignissen, die unterschiedlichen Aktionsfeldern der extremen Rechten zuzuordnen sind. Gleichzeitig dokumentiert sie den gesellschaftlichen Widerstand. Eine pädagogische Handreichung zur Ausstellung soll bald zum Download bereit stehen.

► <https://www.apabiz.de/immer-wieder/>

IDA-Fachtag — „Neutralität“ im Umgang mit Rechtspopulismus in der Jugendarbeit

(Jugendherberge Hannover, Mittwoch, 19. Juni, 9:30 Uhr bis 17.00 Uhr)

In der Auseinandersetzung mit der AfD fällt immer wieder das Schlagwort der „politischen Neutralität“, gerade auch weil die Partei es selbst als Begriff der politischen Auseinandersetzung nutzt, z. B. im Zusammenhang mit den Meldeportalen, die verschiedene Landesverbände eingerichtet haben, um AfD-kritische Kommentare von Lehrer*innen anzuprangern. Auch in parlamentarischen Anfragen nutzt die AfD den Begriff immer wieder, um Vereine, Projekte, Veranstaltungen oder Publikationen zu kritisieren und unter Umständen deren Förderfähigkeit in Zweifel zu ziehen, wenn sie eine menschenrechtsorientierte Kritik an den Positionen der Partei üben. Die Frage, wie weit die Autonomie von Empfänger*innen staatlicher Zuwendungen im Bereich der Menschenrechts- und Präventionsarbeit reicht und welche Bedeutung dem Beutelsbacher Konsens in diesem Kontext zukommt, hat dabei zu erheblichen Unsicherheiten geführt.

Doch auch andere Bereiche der Auseinandersetzung spielen in der Praxis der Jugend(verbands)arbeit immer wieder eine Rolle, wie das Verhalten gegenüber AfD-Politiker*innen in jugendpolitischen Gremien und angemessene Umgangsweisen mit Rechtspopulismus im eigenen Verband.

Mit dem Fachtag möchte IDA dazu beitragen, Unsicherheiten im Umgang mit der AfD und dem staatlichen Neutralitätsgebot abzubauen, und lädt alle relevanten Akteur*innen, wie Multiplikator*innen der Jugend(verbands)arbeit und Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltungen, zu einem Austausch über Perspektiven, Erfahrungen und proaktive Strategien ein.

- Zielgruppe: Fachkräfte und Multiplikator_innen der Jugend(verbands)arbeit sowie Mitarbeiter*innen öffentlicher Verwaltungen

DAS MOBILE BERATUNGSTEAM GEGEN RECHTSEXTREMISMUS:

Beratung von Eltern, deren Kinder in die rechte Szene abzugleiten drohen; Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen extrem rechte Präsenz wie szenetypische Bekleidungsgeschäfte oder sich jährlich wiederholende Aufmärsche in ihrem Umfeld wehren wollen; Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen, die mit der Anmeldung von NPD-Ständen konfrontiert sind; Hilfe für Gruppen und Einzelpersonen, die von rechten AkteurInnen, Organisationen oder Websites bedroht oder angegriffen werden; Beobachtung von neuen und alten AktivistInnen, Organisationen und Strukturen der extremen Rechten; Beratung von BürgerInnen, die in ihren Sportstätten, Kleingartenvereinen oder an ihren Arbeitsplätzen rechte Parolen erleben – die Tätigkeits- und Aufgabenfelder des Hamburger Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (MBT) sind sehr breit angelegt.

Sie erreichen das MBT unter:

- ▶ mbt@hamburg.arbeitundleben.de
- ▶ www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de
- ▶ www.hamburg.arbeitundleben.de
- ▶ Tel: 040 284016-202
- ▶ [@mbt_hamburg](https://twitter.com/mbt_hamburg)

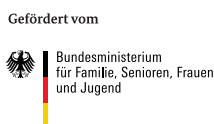
Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus:

Das BNW besteht mittlerweile aus mehr als 40 staatlichen und nicht staatlichen Institutionen aus Hamburg und dem Umland.

Die NetzwerkpartnerInnen treffen sich regelmäßig, tauschen ihre Erkenntnisse zum Thema Rechtsextremismus aus und entwickeln Gegenstrategien. Die Koordinierungsstelle ist bei der Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung angesiedelt. Diese leitet auch Anfragen direkt an das MBT weiter: Tel.040 42863 3625

Federführend zuständig ist die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Mehr Infos unter: www.hamburg.de/beratungsnetzwerk

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg ist ein Projekt von Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



HerausgeberInnen

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.
Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg Registernummer: VR 9937

Kontakt: Arbeit und Leben Hamburg e.V.,
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Telefon: 040 284016-202

E-Mail: mbt@hamburg.arbeitundleben.de

V.i.S.d.P.: Horst H. Hopmann, Arbeit und Leben Hamburg,
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Konzeption und Redaktionelle Betreuung:
MBT Hamburg

Juristische Beratung: Alexander Hoffmann, Dr. Björn Elberling

Gestaltung/Satz: pbd

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA und keine Meinungsäußerung der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/Autorinnen die Verantwortung, die Meinungen der AutorInnen geben nicht in jedem Fall die Meinung der BASFI wieder.